



**Stadtwerke Halle Konzern,
Halle (Saale)**

**Prüfung des Konzernabschlusses
zum 31. Dezember 2014 und des
Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2014
(Testatsexemplar)**

1. Ausfertigung



Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der

**Stadtwerke Halle GmbH,
Halle (Saale)**

aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des von dem Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und von dem Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens- Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Halle (Saale), 12. Mai 2015

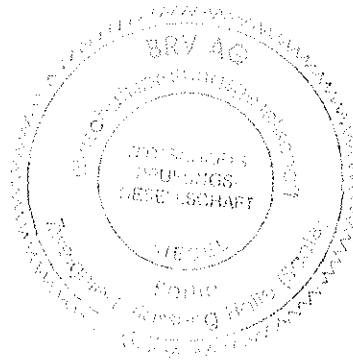
BRV_{AG}
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Kanne

Wirtschaftsprüfer


Lehr

Wirtschaftsprüfer



Anlagen

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Konzernbilanz zum 31. Dezember 2014
Anlage 2	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014
Anlage 3	Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2014 einschließlich Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2014
Anlage 4	Konzern-Kapitalflussrechnung 2014
Anlage 5	Konzern-Eigenkapitalspiegel 2014
Anlage 6	Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2014

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungs-
gesellschaften vom 01. Januar 2002

KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2014

AKTIVSEITE				PASSIVSEITE			
		31.12.2014	31.12.2013		31.12.2014	31.12.2013	
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
i. Immaterielle Vermögensgegenstände				i. Gezeichnetes Kapital	30.000.000,00	30.000.000,00	
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.177.819,67		3.782.728,02	ii. Kapitalrücklage	24.908.009,81	24.908.009,81	
2. Geleistete Anzahlungen	175.254,00		257.003,02	iii. Erwirtschaftetes Kapital			
		4.353.073,67	4.039.731,04	Gewinnrücklagen der einbezogenen Unternehmen	213.455.721,05	207.591.575,91	
ii. Sachanlagen				iv. Anteile anderer Gesellschafter	-1.123.235,62	-1.044.268,17	
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	114.749.681,41		114.603.412,67		267.240.495,24	261.455.317,55	
2. Technische Anlagen und Maschinen	806.198.996,09		816.052.069,95	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge			
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.104.929,48		18.593.576,37		289.020.283,59	287.108.001,94	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	24.568.650,84		26.037.666,60	C. Rückstellungen			
		563.622.257,62	575.286.727,58	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.237.883,00	1.047.537,00	
iii. Finanzanlagen				2. Steuerrückstellungen	2.917.121,18	1.808.891,20	
1. Anteile an verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	107.500,00		25.001,00	3. Sonstige Rückstellungen	154.486.149,50	168.892.527,48	
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	9.336.574,32		8.996.314,47		158.641.153,68	169.748.955,68	
3. Beteiligungen an übrigen Unternehmen	5.187.606,77		3.830.063,86	D. Verbindlichkeiten			
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00		2.000.000,00	1. Anleihen	25.513.945,97	15.302.054,79	
5. Sonstige Ausleihungen	2.556.459,41		2.556.459,41	2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	340.133.136,99	363.818.300,42	
		17.188.140,50	17.407.838,74	3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	444.768,60	912.983,93	
		985.163.471,79	996.734.297,37	4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	34.677.236,53	38.578.849,53	
B. Umlaufvermögen				5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	18.001,32	19.888,00	
i. Vorräte				6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	816.979,94	759.808,84	
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.924.370,11		6.392.396,73	7. Sonstige Verbindlichkeiten	65.547.090,72	66.001.466,55	
2. Unfertige Leistungen	306.635,32		368.891,81	davon aus Steuern: EUR 7.674.939,46			
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	107.859,32		174.305,26	(Vorjahr: EUR 11.431.876,98)			
4. Geleistete Anzahlungen	255.540,48		0,00	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 4.497,16			
		6.594.405,23	6.935.593,80	(Vorjahr: EUR 35.294,04)			
ii. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					467.151.160,07	485.393.452,06	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	39.441.619,63		55.727.036,01	E. Rechnungsabgrenzungsposten			
2. Forderungen gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen	1.550,02		2.267,36		13.764.150,53	15.384.561,71	
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.659.508,66		10.769.320,28	F. Passive latente Steuern			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	27.394.828,68		21.313.630,24		338.897,50	0,00	
		76.497.506,99	88.812.253,89				
iii. Wertpapiere							
Sonstige Wertpapiere	60.175.312,02		59.707.352,03				
		60.175.312,02	59.707.352,03				
iv. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks							
		63.905.420,38	62.711.231,91				
		207.172.644,62	218.166.431,63				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		3.804.979,67	3.984.430,43				
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		75.044,53	205.129,51				
		1.196.216.140,61	1.219.090.288,94		1.196.216.140,61	1.219.090.288,94	

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2014

	2014 EUR	2014 EUR	2013 EUR
1. Umsatzerlöse		542.090.716,75	548.871.876,99
2. Verminderung (-) oder Erhöhung (+) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		-36.139,21	-523.851,84
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		4.785.068,11	3.932.846,44
4. Sonstige betriebliche Erträge		67.479.614,06	56.681.127,91
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	239.207.374,82		241.899.172,51
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>73.623.512,09</u>		<u>77.619.349,44</u>
		312.830.886,91	319.518.521,95
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	103.195.045,91		98.332.985,48
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 3.694.831,71 (Vorjahr: EUR 3.602.093,37)	<u>23.854.840,65</u>		<u>22.987.089,22</u>
		127.049.886,56	121.320.074,70
7. Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		66.892.004,24	73.065.622,55
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		78.039.929,24	80.412.816,91
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 584.180,97 (Vorjahr: EUR 202.280,28)		707.657,51	228.828,28
10. Verluste aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 74.661,28 (Vorjahr: EUR 307.151,28)		74.661,28	307.151,28
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.321.877,96	1.900.267,93
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 65,25)		1.083.842,86	1.027.302,35
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		156.707,47	680.293,98
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 1,94)		16.977.181,51	17.902.162,78
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>15.411.380,83</u>	<u>-1.088.246,09</u>
16. Außerordentliche Erträge		1.054.364,17	4.185.790,35
17. Außerordentliche Aufwendungen		<u>6.063.284,01</u>	<u>8.693.220,97</u>
18. Außerordentliches Ergebnis		-5.008.919,84	-4.507.430,62
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2.770.969,96	973.846,70
20. Sonstige Steuern		1.744.560,41	1.981.390,22
21. Konzernjahresüberschuss / Konzernjahresfehlbetrag		<u>5.886.930,62</u>	<u>-8.550.913,63</u>
22. Einstellung in andere Gewinnrücklagen		5.864.145,14	0,00
23. Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen		0,00	8.575.292,21
24. Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn		22.785,48	24.378,58
25. Konzern-Bilanzgewinn		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)

Anhang zum Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014

I. Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss

Der Konzernabschluss ist auf den Stichtag des Jahresabschlusses der Stadtwerke Halle GmbH (SWH), den 31. Dezember 2014, aufgestellt. Die Jahresabschlüsse aller zum Konsolidierungskreis gehörenden Konzernunternehmen sind ebenfalls zum 31. Dezember 2014 aufgestellt.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt. Für den Jahresabschluss der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale), fanden zudem die Vorschriften des Aktiengesetzes und die Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen in der Fassung vom 13. Juli 1988 Anwendung. Bei den Jahresabschlüssen der EVH GmbH, Halle (EVH) sowie der Energieversorgung Halle Netz GmbH, Halle (Netzgesellschaft Halle) und der IT-Consult Halle GmbH (ITC), die energiewirtschaftliche Dienstleistungen erbringt, wurden die Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes beachtet.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind außerdem einheitlich nach der „Richtlinie für die Erstellung der Einzelabschlüsse der Tochterunternehmen und des Konzernabschlusses der Stadtwerke Halle GmbH“ aufgestellt.

Die Gliederung der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen § 298 Abs. 1 HGB i. V. m. §§ 265, 266 und § 275 HGB mit Ausnahme der konsolidierungsspezifischen Posten und weiteren, den Besonderheiten von Konzernunternehmen entsprechenden Posten.

Der Konzernabschluss wurde unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Konzernjahresergebnisses aufgestellt.

II. Abgrenzung des Konsolidierungskreises

1. Konzernunternehmen

In den Konzernabschluss werden gemäß § 294 Abs. 1 HGB die SWH als Mutterunternehmen und alle unter deren einheitlicher Leitung stehenden 17 Tochterunternehmen mit Sitz im Inland einbezogen.

Die Konzernunternehmen sind:

1.	Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale) (SWH)		
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	175.259.938,77
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014)	EUR	5.871.363,39
2.	Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale) (HAVAG)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	83.582.738,87
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, EAV)	EUR	0,00
3.	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Halle (Saale) (HWS)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	74.197.778,95
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, EAV)	EUR	0,00
4.	Hafen Halle GmbH, Halle (Saale) (Hafen)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	731.102,56
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, EAV)	EUR	0,00
5.	EVH GmbH, Halle (Saale) (EVH)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	77.917.373,71
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, EAV)	EUR	0,00
6.	TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Halle (Saale) (TELONON)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	25.564,59
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, EAV)	EUR	0,00

7.	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (Saale) (FTZ)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	50.931,13
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014)	EUR	1.201,90
8.	Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (Maya mare)		
	Anteil am Kapital	%	94,9 (82,4 unmittelbar, 12,5 mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	3.517.234,99
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, vor Belastung der Kapitalkonten)	EUR	0,00
9.	W + H Wasser- und Haustechnik GmbH, Halle (Saale) (W + H)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	224.610,70
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, EAV)	EUR	0,00
10.	IT-Consult Halle GmbH, Halle (Saale) (IT-Consult)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	521.626,87
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, EAV)	EUR	0,00
11.	Bäder Halle GmbH, Halle (Saale) (BHG)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	6.836.930,32
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014)	EUR	3.561,68
12.	Energieversorgung Halle Netz GmbH, Halle (Saale) (Netzgesellschaft Halle)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	2.135.782,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, EAV)	EUR	0,00

13.	WER - Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH, Halle (Saale) (WER)		
	Anteil am Kapital	%	60,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	490.161,35
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014)	EUR	48.338,92
14.	Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale) (SGS)		
	Anteil am Kapital	%	51,0 (mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	132.047,03
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014)	EUR	1.802,67
15.	RAB Halle GmbH, Halle (Saale) (RAB)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	1.707.907,42
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, EAV)	EUR	0,00
16.	Cives Dienste GmbH, Halle (Saale) (Cives)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	25.000,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, EAV)	EUR	0,00
17.	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, Halle (Saale) (AWH)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	4.606.279,83
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014)	EUR	1.134.381,00
18.	Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, Halle (Saale) (SHS)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	25.000,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2014, EAV)	EUR	3.121,01

Auf die Einbeziehung der nachfolgenden Gesellschaften in den Konzernabschluss der SWH wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet, da sie zusammen für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Das Jahresergebnis, die Umsatzerlöse und die Bilanzsumme der Gesellschaften betragen zusammen jeweils weniger als 1 % des Konzernjahresergebnisses, des Konzernumsatzes bzw. der Konzern-Bilanzsumme.:

Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH, Halle (Saale)		
Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über EVH)
Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	13.244,48
Ergebnis des Geschäftsjahres (2014)	EUR	- 575,58

In 2014 erwarb der Konzern zudem weitere 50 % der Anteile an der Saalebus GmbH, wodurch diese nunmehr kein assoziiertes Unternehmen mehr darstellt. Auf die Einbeziehung als Tochterunternehmen wird ebenfalls in Anwendung des § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Saalebus GmbH, Halle (Saale) (Saalebus)		
Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über HAVAG)
Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	103.136,61
Ergebnis des Geschäftsjahres (2014)	EUR	-32.552,26

Die RPL Recyclingpark Lochau GmbH i. L., Schkopau (RPL) wurde nach Liquidation in 2014 gelöscht. Aus der Liquidation ist dem Konzern ein Erlös von TEUR 80 zugeflossen.

2. Assoziierte Unternehmen

Gemäß § 311 Abs. 1 HGB werden sieben Unternehmen mit Sitz im Inland als assoziierte Unternehmen in den Konsolidierungskreis einbezogen.

1. HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft
Halle mbH i. L., Halle (Saale) (HAL-SAN)

Anteil am Kapital	%	30,0
Eigenkapital zum 31. Dezember 2000	EUR	173.451,72
Ergebnis des Geschäftsjahres (2000)	EUR	-147.993,04
2. Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH, Halle (Saale)
(KWT)

Anteil am Kapital	%	50,0
Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	2.191.680,97
Ergebnis des Geschäftsjahres (2014)	EUR	1.042.457,48
3. A/V/E GmbH, Halle (Saale) (A/V/E)

Anteil am Kapital	%	23,9
Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	1.551.680,48
Ergebnis des Geschäftsjahres (2014)	EUR	4.413,81

4.	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale) (FSA)		
	Anteil am Kapital	%	50,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	26.211,16
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2014)	EUR	-48.172,86
5.	OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH, Halle (Saale) (OBS)		
	Anteil am Kapital	%	51,0 (mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	4.790.302,00
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2014)	EUR	3.326,00
6.	Meter 1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale)		
	Anteil am Kapital	%	33,3 (mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	-68.872,14
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2014, vor Belastung auf Kapitalkonten)	EUR	-582.241,87
7.	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH (RES), Sangerhausen		
	Anteil am Kapital	%	50,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	EUR	2.756.806,09
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2014)	EUR	264.901,41

Der SWH-Konzern ist an der unter Ziff. 5. aufgeführten OBS zum 31. Dezember 2014 zu 51 % beteiligt. Aufgrund der Regelungen im Gesellschaftsvertrag der OBS ist der Konzern erheblich und andauernd in der Ausübung seiner Stimmrechte beeinträchtigt. In Anwendung des § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wird auf die Einbeziehung der OBS als Tochterunternehmen nach den Vorschriften der Vollkonsolidierung verzichtet und die OBS wie in Vorjahren als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

3. Beteiligung an übrigen Unternehmen

1.	EWAG Energie-, Wasser- und Abwassergesellschaft Geiseltal mbH, Braunsbedra (EWAG)		
	Anteil am Kapital	%	20,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2013	EUR	1.600.452,79
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2013)	EUR	344.704,11

III. Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen erfolgt gemäß § 301 Abs. 1 HGB. Dabei werden die Beteiligungsbuchwerte des Mutterunternehmens mit dem zum Zeitpunkt ihres Erwerbes entsprechenden Betrag des Eigenkapitals des Tochterunternehmens aufgerechnet mit Ausnahme der WER, der Cives und der RAB, für die die Beteiligungsbuchwerte der HWS und der SWH mit dem Eigenkapital der WER, der Cives und der RAB zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung am 31. Dezember 2007 (WER), am 1. Januar 2009 (Cives) und am 31. Dezember 2008 (RAB) aufgerechnet wurden. Die Einbeziehung der Tochterunternehmen der HWS (W + H, WER, Cives), der EVH (Netzgesellschaft Halle) und der HAVAG (SGS) erfolgte in Form der Simultankonsolidierung. Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung wurde auf Erwerbsvorgänge, die vor dem 1. Januar 2010 erfolgt sind, die Buchwertmethode angewendet. Auf nach diesem Stichtag erfolgte Erwerbsvorgänge findet die Neubewertungsmethode Anwendung.

Der Ausweis der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode erfolgt mittels der Buchwertmethode gemäß § 312 Abs. 1 Satz 1 HGB zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile. Der Konzernanteil am Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag der assoziierten Unternehmen wird entsprechend der vorliegenden geprüften bzw. ungeprüften (bei nicht prüfungspflichtigen Unternehmen) Jahresabschlüsse periodengleich dem Anteilswert zugeschrieben bzw. vermindert diesen; vereinnahmte Gewinnausschüttungen von assoziierten Unternehmen werden im Jahr des Zuflusses vom Anteilswert abgesetzt. Für diese Gesellschaften sind die letzten vorliegenden Jahresabschlüsse zugrunde gelegt worden.

Die am Bilanzstichtag fortgeführten aktiven Unterschiedsbeträge aus der erstmaligen Anwendung der Equity-Methode, die auf stille Reserven in Beteiligungen entfallen, betragen TEUR 9.625; die fortgeführten passivischen Unterschiedsbeträge belaufen sich auf TEUR 1.915.

Ausleihungen und andere Forderungen sowie Verbindlichkeiten zwischen den konsolidierten Gesellschaften werden gegeneinander aufgerechnet, konzerninterne Rückstellungen werden aufgelöst.

Umsatzerlöse und andere Erträge zwischen den konsolidierten Unternehmen werden im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als andere aktivierte Eigenleistungen auszuweisen sind.

Zwischenergebnisse wurden eliminiert.

Die Auswirkungen aus den erfolgswirksamen Konsolidierungsvorgängen des Vorjahres sowie die im Geschäftsjahr vereinnahmten Gewinnausschüttungen der assoziierten Unternehmen wurden mit den anderen Gewinnrücklagen verrechnet.

IV. Erläuterungen zur Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und -verlustrechnung

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Konzernabschluss wurde auf der Grundlage der Einzelabschlüsse der konsolidierten Unternehmen und unter Beachtung der Grundsätze der §§ 290 bis 315 HGB aufgestellt.

Wie im Vorjahr werden die im Konzernabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden einheitlich nach den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der SWH bilanziert.

Auf eine Anpassung der der Equity-Bewertung der assoziierten Unternehmen zugrunde liegenden Vermögensgegenstände und Schulden auf konzerneinheitliche Bewertungsmethoden wurde unter Bezugnahme auf den Grundsatz der Wesentlichkeit verzichtet.

Besondere Ansatz- und Bewertungswahlrechte im Rahmen der Aufstellung des Konzernabschlusses wurden nicht wahrgenommen.

Aktiva

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden ausgehend von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibungen bewertet. Zinsen für Fremdkapital wurden nicht in die Herstellungskosten einbezogen. Bei der Ermittlung der Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den aktivierungspflichtigen direkt zugeordneten Einzelkosten auch angemessene Teile der Gemeinkosten sowie der Werteverzehr des Anlagevermögens einbezogen. Bei Maßnahmen im Bereich der HAVAG, für die die Gesellschaft Zuwendungen gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungs-, Entflechtungs-, Investitionsförderungs-, Regionalisierungsgesetz, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen Anhalt erhält, beruht die Bewertung der aktivierten Eigenleistungen auf dem Eisenbahnkreuzungsgesetz i. V. m. der ersten Eisenbahnkreuzungsordnung.

Die **planmäßigen Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände, Gebäude und Sachanlagen wurden linear entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer vorgenommen.

Sofern angezeigt, wurden im Geschäftsjahr **außerplanmäßige Abschreibungen** aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen oder beibehalten.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- bzw. Herstellkosten von maximal EUR 410 werden im Jahr ihrer Anschaffung bzw. Herstellung voll abgeschrieben. Die bestehenden jahresbezogenen Sammelposten aus Zugängen geringwertiger Wirtschaftsgüter im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2009 werden fortgeführt und linear über fünf Jahre planmäßig abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden bis 2007 im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang gezeigt.

Für Grunddienstbarkeiten wurden zur dinglichen Sicherung des Leitungsbestandes (Anlagenbestand am 3. Oktober 1990) die voraussichtlich zu zahlenden Ausgleichsbeträge (zuzüglich Vermessungskosten) ermittelt und als nachträgliche Herstellungskosten der Ver- und Entsorgungsleitungen aktiviert. Die Ermittlung der belasteten Flächen auf Privatgrundstücken erfolgte unter Zugrundelegung entsprechender Grundbuchunterlagen und der für Versorgungsleistungen geltenden Schutzstreifenbreite. Die Bewertung der Flächen erfolgte in Anlehnung an bisher ermittelte Ausgleichsbeträge sowie unter Beachtung der sich für die Stadt Halle (Saale) ergebenden Verkehrswerte auf der Grundlage der Bodenrichtwertkarten Stand 1995. In Höhe der aktivierten Grunddienstbarkeiten wurde für die voraussichtlich zu zahlenden Ausgleichsbeträge (zuzüglich Vermessungskosten) eine Rückstellung gebildet. Die Grunddienstbarkeiten werden über die durchschnittliche Restnutzungsdauer der Ver- und Entsorgungsleitungen abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** wurden mit Ausnahme der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen mit den Anschaffungskosten ausgewiesen. Sofern angezeigt, wurden die Anschaffungskosten um außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vermindert bzw. mit ihrem Erinnerungswert angesetzt. Sofern die Gründe für die voraussichtlich dauerhafte Wertminderung entfallen sind, werden die Finanzanlagen auf ihre ursprünglichen Anschaffungskosten zugeschrieben. Die Beteiligungsbuchwerte an den assoziierten Unternehmen wurden unter Berücksichtigung der anteiligen Jahresergebnisse und der vereinnahmten Ausschüttungen fortgeschrieben.

Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** erfolgt unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu gleitenden Durchschnittspreisen anhand der Einstandspreise.

Unter den **Vorräten** werden unentgeltlich zugeteilte Schadstoff-Emissionsrechte (insgesamt 1.497.572 Berechtigungen für die Zuteilungsperiode 2014) ausgewiesen, die mit einem Erinnerungswert von € 1,00 angesetzt wurden. Der Verpflichtung der Abgabe von Emissionsrechten bis zum 30. April des Folgejahres wurde gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB durch die Dotierung einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten für bis zum Abschlussstichtag verursachte Emissionen (149.346 Emissionsrechte) Rechnung getragen.

Unfertige Leistungen sind mit den Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 HGB angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen die angefallenen Einzelkosten, angemessene Anteile an Gemeinkosten sowie den Werteverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst wurde.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Berücksichtigung von Pauschalwertberichtigungen und erforderlichen Einzelwertberichtigungen angesetzt. Davon abweichend ist das unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene Körperschaftsteuerguthaben (§ 37 Abs. 4 KStG n. F.) zum 31. Dezember 2014 diskontiert mit einem risikolosen Zinssatz basierend auf Bundesanleihen mit fristenkongruenten Laufzeiten bewertet worden. Innerhalb der Forderungen werden erhaltene Abschlagszahlungen mit den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Strom-, Wärme- und Erdgasverbräuchen der Privat- und Gewerbekunden verrechnet.

Die **Wertpapiere des Umlaufvermögens** sind zu Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 4 HGB bewertet. Da der Grund für die im Vorjahr vorgenommene Abschreibung entfallen ist, wurden Zuschreibungen auf unter Beachtung des Anschaffungskostenprinzips vorgenommen. Bei Fonds handelt es sich um ausschüttende Fonds. Sofern Ansprüche auf Ausschüttung von ordentlichen Fondserträgen am Bilanzstichtag aktiviert sind, wurde der zur Bewertung der Fondsanteile herangezogene Kurswert um die darin enthaltenen Beträge aus Ausschüttungsansprüchen bereinigt. Der Konzern hat damit zur Vermeidung der Doppelerfassung der Ausschüttungsansprüche in den sonstigen Vermögensgegenständen und den Wertpapieren des Umlaufvermögens der Abschreibung der Wertpapiere des Umlaufvermögens gegenüber der Abschreibung der Forderungen auf Ausschüttungsansprüche den Vorrang gegeben.

Die **flüssigen Mittel** sind zu Nominalwerten aktiviert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthalten u.a. Disagien für Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen in Höhe von T€ 122 gemäß § 250 Abs. 3 HGB. Sie werden über die vertraglich vereinbarten Zinsfestschreibungsperioden linear abgeschrieben.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen. Der Bewertung der Ansprüche aus Rückdeckungsversicherung für Pensionen und Ansprüche aus der Sicherung von Wertguthaben im Rahmen der Alterszeitregelung liegen Mitteilungen des Versicherungsunternehmens bzw. des Sicherungsunternehmens zugrunde. Soweit die Zeitwerte des Deckungsvermögens den Erfüllungsbetrag der dazugehörigen Schulden übersteigen, werden die Beträge gemäß § 246 Abs. 2 Satz 3 HGB in Verbindung mit § 266 Abs. 2 HGB unter einem gesonderten Aktivposten ausgewiesen (**aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung**).

Latente Steuern werden gemäß § 274 Abs. 1 HGB für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Dabei wurden auch latente Steuern auf quasi-permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt, sofern diese in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu einer Steuerentlastung führen. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Stadtwerke Halle GmbH von 31,58 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Im Geschäftsjahr ergab sich unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 2 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Die aktiven latenten Steuern resultieren insbesondere aus handels- und steuerlich abweichenden Wertansätzen bei Sachanlagen und Finanzanlagen, Pensionsrückstellungen, Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen sowie passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Passive latente Steuern resultieren insbesondere aus handels- und steuerlich abweichenden Wertansätzen bei Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs, Finanzanlagen, Sonderposten und Verbindlichkeiten.

Aus Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere der erfolgswirksamen Schuldenkonsolidierung sowie der Zwischenergebniskonsolidierung, resultieren passive latente Steuern TEUR 399, welche gem. § 306 HGB im Geschäftsjahr 2014 passiviert wurden.

Passiva

Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse wurden in Höhe ihres Nennbetrages in den **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge** eingestellt.

Außerdem werden hier erhaltene Fördermittel gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), Investitionsförderungsgesetz (IFG), Regionalisierungsgesetz (RG), Europäischem Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPNVG LSA) sowie Investitionszuschüsse der Stadt Halle (Saale) und anderer Dritter zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse ausgewiesen.

Die in den Sonderposten eingestellten Investitionszuschüsse wurden analog der auf die bezuschussten Anlagegegenstände im Berichtsjahr vorgenommenen Abschreibungen erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst.

Die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmten Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag, vermindert um einen anteiligen Auflösungsbetrag in Höhe von 5,0 % des Nennbetrages, ausgewiesen. Ab dem 1. Januar 2003 vereinnahmte Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag passiviert und werden über die Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögensgegenstände aufgelöst.

Rückstellungen für künftige Leistungen im Rahmen von Pensionen, Dienstjubiläen, Altersteilzeitaufwendungen und Sterbegeldern sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bewertet. Mit Ausnahme der Rückstellung für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen werden diese nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach dem Projected-Unit-Credit-Verfahren auf Basis der 2006 veröffentlichten Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie Erwartungen über zukünftige Preis-/Kostensteigerungen ermittelt. Dabei wurden eine angenommene Fluktuationsrate von bis zu

1 % und für das Finanzierungsalter die vorgezogenen Altersgrenzen gemäß RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 zugrunde gelegt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten 7 Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wurden ein Zinssatz von 4,53 % sowie eine erwartete Einkommenssteigerung und ein Rententrend von bis zu 2,5 % zugrunde gelegt.

Rückstellungen für Altersteilzeitaufwendungen wurden unter Beachtung der Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen dotiert.

Zur Sicherung von Wertguthaben aus Altersteilzeitverträgen der Mitarbeiter sind entsprechende Mittel in Termingeldern und Wertpapiere angelegt. Sie sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert; dieser wird mit den jeweils zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurden Kostensteigerungen zwischen 1,5 % und 5 % berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze für 2014 je nach durchschnittlicher Restlaufzeit 2,90 % bis 4,56 %.

Bis zum 31. Dezember 2009 gebildete Aufwandsrückstellungen wurden gemäß Artikel 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehalten.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Diese Rückstellungen sind dann mit ihrem fortgeführten Wert nach HGB a. F. bewertet. Die Bewertung nach HGB i. d. F. d. BilMoG erfolgte zur Ermittlung des Betrags der Überdotierung. Insgesamt beträgt die Überdotierung für die betreffenden Rückstellungen im Konzern zum 31. Dezember 2014 TEUR 7.992.

Diese Überdotierung resultiert im Wesentlichen aus der Rückstellung für Deponienachsorge. Aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertungsregeln des HGB für (langfristige) Rückstellungen wäre die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge (Bestand zum 31. Dezember 2009; TEUR 66.813) in der BilMoG-Eröffnungsbilanz um TEUR 11.045 zu reduzieren, da der Abzinsungseffekt größer ist als die in die Bewertung aufzunehmenden zukünftigen Kosten- und Preissteigerungen. Jedoch ist absehbar, dass dieser aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Daher wurde vom Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und die Auflösung unterlassen. Zum 31. Dezember 2014 beläuft sich der Überdeckungsbetrag auf TEUR 6.843.

Die **Verbindlichkeiten** werden mit ihren jeweiligen Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesene Provisionen für Gesellschafterdarlehen werden linear über die Laufzeit des jeweiligen Gesellschafterdarlehens aufgelöst.

Die im Konzern vorhandenen **derivativen Finanzinstrumente** erfüllen die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten. Sicherungs- und Grundgeschäfte werden zu Bewertungseinheiten zusammengefasst.

Gewinn- und Verlustrechnung

Von den Umsatzerlösen ist die unmittelbar geschuldete Strom- und Erdgassteuer für das Jahr 2014 analog dem Vorjahr offen abgesetzt.

B. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlageposten und ihre Entwicklung im Jahr 2014 einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres sind im Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt.

Besonderheiten der Ver- und Entsorgungswirtschaft und des Öffentlichen Personennahverkehrs wurde durch eine weitere Untergliederung der technischen Anlagen und Maschinen Rechnung getragen.

Die Zugänge zu den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betreffen in Höhe von TEUR 183 die im Rahmen der Equity-Bewertung ermittelten anteiligen positiven Jahresergebnisse der assoziierten Unternehmen.

Die im Geschäftsjahr vereinnahmten Gewinnausschüttungen (TEUR 155) sowie die im Rahmen der Equity-Bewertung ermittelten anteiligen negativen Jahresergebnisse (TEUR 75) sind im Anlagenspiegel in der Spalte Abgänge zusammengefasst.

Nach einer Entscheidung des BVerwG kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sämtliche Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH den klagenden Gemeinden zuordnen wird. Sollten hierzu rechtskräftige Entscheidungen vorliegen, hat die sogenannte „große GbR“, an der die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH zu 50 % beteiligt ist, die von ihr gehaltenen Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH an die Kommunen herauszugeben. In den Vorjahren wurden Vorkehrungen gegen wirtschaftliche Nachteile getroffen.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Fristigkeit der Forderungen ist im folgenden Forderungsspiegel dargestellt:

	Restlaufzeiten		Gesamt TEUR
	bis 1 Jahr TEUR	über 1 Jahr TEUR	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	39.410	32	39.442
(Vorjahr)	(56.518)	(209)	(56.727)
Forderungen gegen nicht einbezogene verbundene Unternehmen	2	0	2
(Vorjahr)	(2)	(0)	(2)
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.824	5.836	9.660
(Vorjahr)	(4.318)	(6.451)	(10.769)
Sonstige Vermögensgegenstände	24.739	2.656	27.395
(Vorjahr)	(19.212)	(2.102)	(21.314)
Gesamt	67.975	8.524	76.499
(Vorjahr)	(80.050)	(8.762)	(88.812)

Von den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** bestehen TEUR 3.387 (Vj.: TEUR 3.234) und von den sonstigen Vermögensgegenständen TEUR 126 (Vj.: TEUR 898) gegen die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale).

Die **Forderungen gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen** betreffen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen mit TEUR 42 (Vj.: TEUR 124) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände**, die rechtlich am Bilanzstichtag noch nicht entstanden sind, betreffen im Wesentlichen im Folgejahr abzugsfähige Vorsteuern (TEUR 1.041).

3. Wertpapiere

Vom Konzernunternehmen AWH sind für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Sicherheiten zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt zu erbringen. Die erforderliche Sicherheitsleistung für die Kosten der Stilllegung wurde auf Mio. EUR 129 festgesetzt. Für die Nachsorgephase wurde, unter dem Vorbehalt der späteren Neufestsetzung, eine Sicherheitsleistung von Mio. EUR 12,3 eingefordert. Mit Datum vom 20. Februar 2015 erhielt die AWH einen Entwurf zur Anhörung des elften Änderungsbescheides zum „Bescheid zur oberen Begrenzung der geforderten Sicherheitssumme“ vom 18. Dezember 2006 und zur Verpfändungsvereinbarung vom 28. August 2007. Im Rahmen dieses Entwurfsbescheides wurde die erforderliche Sicherheitsleistung für die Kosten der Stilllegung mit Mio. EUR 68,6 neu festgesetzt. Hierin berücksichtigt sind nahezu alle angefallenen Kosten im Rahmen der Stilllegung per 31. Dezember 2013. Des Weiteren beträgt der hieraus resultierende Sicherungsbetrag Mio. EUR 57,6. Zur Erbringung dieser Sicherheiten hat die Gesellschaft mittels einer

Verpfändungsvereinbarung ihre Ansprüche auf Auszahlung, die sich bei der Verwertung der Wertpapiere im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge ergeben, an das Land Sachsen-Anhalt abgetreten.

Nachfolgend werden alle Anteile an Investmentgesellschaften im Sinne des § 1 des Investmentgesetzes oder vergleichbare ausländische Investmentanteile im Sinn des § 2 Abs. 9 des Investmentgesetzes dargestellt, soweit der Anteil mehr als 10 % ausmacht.

	Buchwert in TEUR	Marktwert nach § 36 Investment- gesetz in TEUR	Differenz Marktwert zu Buch- wert in TEUR	Ausschüttung im Geschäftsjahr in TEUR	Tägl. Rückga- be mög- lich	Unterlassene Abschreibun- gen
Spezial-Sondervermögen						
AWICO- Fonds	24.211	25.207	996	0	ja	0
Südinvest- Fonds	35.775	38.236	2.461	0	ja	0
	59.986	63.443	3.457	0		

Die Spezialfonds wurden für die AWH aufgelegt. Im Fondsvermögen zum 31. Dezember 2014 sind Rentenpapiere und Bargeldreserven ausgewiesen. Die Geschäftsführung verfolgt seit Auflage der Fonds das Ziel der Risikominimierung vor Wertsteigerung. Aus dem Vergleich der Buchwerte mit den um die Ausschüttungsansprüche bereinigten Kurswerten am 31. Dezember 2014 resultierte für den AWICO-Fonds eine Zuschreibung von TEUR 475.

4. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Unter den Guthaben bei Kreditinstituten sind Festgelder (TEUR 186) ausgewiesen, die der Absicherung einer Avalkreditlinie dienen.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind gemäß § 250 Abs. 3 HGB Disagien in Höhe von TEUR 121 enthalten (Vj.: TEUR 250).

Zur Zinssicherung laufender sowie einer vorgesehenen variablen Fremdfinanzierung wurden auf der Grundlage von Rahmenverträgen für Finanztermingeschäfte Zinsbegrenzungsgeschäfte (Caps) erworben. Die darauf zu zahlenden Prämien wurden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und über den Zinssicherungszeitraum linear abgeschrieben.

6. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Im aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung TEUR 75 (Vj.: TEUR 205) wird der Überhang aus dem Deckungsvermögen der Sicherung des Erfüllungsrückstandes aus Altersteilzeitverpflichtung der HAVAG ausgewiesen.

7. Eigenkapital

Die Entwicklung des Konzerneigenkapitals ist im Eigenkapitalspiegel dargestellt.

Anteile anderer Gesellschafter am Eigenkapital

Gesellschaft	Fremdanteil %	Eigenkapital EUR
WER	40,0	196.064,54
SGS	49,0	64.703,05
Maya mare	5,1	-1.384.003,21
		<u>-1.123.235,62</u>

Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn

Gesellschaft	Anteile Anderer EUR
WER	19.355,57
SGS	883,31
Maya mare	2413,20
	<u>22.785,48</u>

8. Rückstellungen

Die Fristigkeit der Rückstellungen ist dem folgenden Rückstellungsspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeit			Gesamt TEUR
	bis 1 Jahr TEUR	1 bis 5 Jahre TEUR	über 5 Jahre TEUR	
Rückstellungen für Pensionen	56	170	1.012	1.238
Steuerrückstellungen	2.917	0	0	2.917
Sonstige Rückstellungen	53.480	61.008	39.998	154.486
	<u>56.453</u>	<u>61.178</u>	<u>41.010</u>	<u>158.641</u>

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden nach Verrechnung mit dem Deckungsvermögen ausgewiesen. Unverrechnet beträgt die Rückstellung TEUR 1.371 und der Anspruch aus der Rückdeckungsversicherung TEUR 133.

In den **Sonstigen Rückstellungen** sind im Wesentlichen enthalten:

	2014 TEUR
Restrukturierungsaufwendungen, Sozialplan, Abfindungen	10.368
Altersteilzeit	4.639
Urlaub, Mehrarbeit, Zeitkonten	4.510
Jubiläen	940
Sonstige	712
Personalarückstellungen	21.169
Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge Deponie	56.600
Stilllegung, Rückbau und Sanierung von Versorgungs- und Transportnetzen und-anlagen	12.921
Drohende Verluste	10.826
Grunddienstbarkeiten	6.851
Ausstehende Eingangsrechnungen	6.768
Stromsteuer	4.012
Prozessrisiken	3.077
Unterlassene Instandhaltung	1.652
Abwasserabgabe	2.443
Erdgassteuer	2.385
Übrige sonstige Rückstellungen	25.782
Sonstige übrige Rückstellungen	133.317
Summe sonstige Rückstellungen	<u>154.486</u>

Zur Sicherung von **Verpflichtungen aus Altersversorgung und Arbeitszeitguthaben** sind Wertpapiere des Umlaufvermögens und Termingeldanlagen in Höhe von TEUR 16.083 verpfändet und somit dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen. Die Vermögensgegenstände wurden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den entsprechenden Schulden verrechnet. Die Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Dabei wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % p. a. berücksichtigt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten sieben Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit zwischen 2 und 5 Jahren ergibt. Er beträgt in Abhängigkeit von der durchschnittlichen Restlaufzeit 2,9 % bis 3,27 %. Es wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die versicherungsmathematische Berechnung der **Jubiläumsrückstellung** erfolgt unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens. Dabei wurden ein Rechnungszins von 4,53 % sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von bis zu 2,50 % zugrunde gelegt. Die angenommene Fluktuationsquote beträgt bis zu 1,00 % p. a. Zudem wurden die Sterbetafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Bei der HAVAG wurden die Zinssätze gemäß den durchschnittlichen Restdienstzeiten, 3,07 % (Duration drei Jahre), 3,91 % (Duration acht Jahre) und 4,56 % (Duration 16 Jahre) berücksichtigt.

Aufgrund der geänderten Bewertungsregeln für langfristige Rückstellungen wären folgende Rückstellungen bei erstmaliger Anwendung des BilMoG am 1. Januar 2010 aufzulösen gewesen. Da absehbar ist, dass die aufzulösenden Beträge bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müssen, wurde für diese Rückstellungen vom Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht, indem die Auflösung unterlassen worden ist.

- Rückstellungen der SWH für drohende Verluste, Verpflichtungen für Vorruhestandsregelungen und Rückstellungen für die Aufbewahrung. Der Überdeckungsbetrag betrug zum 31. Dezember 2014 TEUR 102 (Vj.: TEUR 133).
- Rückstellungen der HWS für Sozialplan, Archivierung und Grunddienstbarkeiten. Der Überdeckungsbetrag betrug zum 1. Januar 2010 TEUR 598, zum 31. Dezember 2014 TEUR 83 (Vj.: TEUR 173).
- Rückstellungen der EVH für Abbruch und Rekultivierung, Grundbuchbereinigungsgesetz, Rückbauverpflichtungen, Vorruhestand TEUR 964 (Vj. TEUR 2.114))
- Rückstellungen der AWH zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der Überdeckungsbetrag beläuft sich zum 31. Dezember 2014 auf TEUR 6.843 (Vj.: TEUR 6.954).

9. Verbindlichkeiten

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten ist dem folgenden Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeiten				durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert
	bis 1 Jahr TEUR	1 bis 5 Jahre TEUR	über 5 Jahre TEUR	Gesamt TEUR	
Anleihen (Vorjahr)	514 (302)	0 (0)	25.000 (15.000)	25.514 (15.302)	10.000 ¹
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	28.310 (63.740)	118.688 (108.763)	193.136 (191.315)	340.134 (363.818)	221.240 ^{1,2} (228.591) ³
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen (Vorjahr)	385 (854)	59 (59)	0 (0)	444 (913)	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	34.574 (38.267)	103 (312)	0 (0)	34.677 (38.579)	
Verbindlichkeiten gegen nicht einbezogene verbundene Unternehmen (Vorjahr)	18 (20)	0 (0)	0 (0)	18 (20)	
Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr)	817 (760)	0 (0)	0 (0)	817 (760)	
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	22.470 (22.808)	20.576 (20.693)	22.501 (22.500)	65.547 (66.001)	
Gesamt (Vorjahr)	87.088 (126.751)	139.426 (129.827)	240.637 (228.815)	467.151 (485.393)	

1 Die Anleihen und TEUR 194.288 der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind besichert durch Negativklärungen in Form von Gleichbehandlungserklärungen mit Kenntnisnahme der SWH, Erklärungen zur Nichtbelastung des Grundbesitzes, Organschaftsrevers der SWH für die HWS und Letter of comfort der SWH für die HWS.

2 Davon besichert TEUR 26.953 durch Sicherungsabtretung bzw. -übereignung technischer Anlagen und Maschinen, durch modifizierte Ausfallbürgschaften der Stadt Halle bzw. durch ein Organschaftsrevers der SWH für die Hafen Halle GmbH.

3 Davon besichert TEUR 1.022 durch Buchgrundschuld, TEUR 11.909 durch Sicherungsabtretung bzw. -übereignung technischer Anlagen und Maschinen, TEUR 9.945 durch modifizierte Ausfallbürgschaft der Stadt Halle und TEUR 205.715 durch Negativklärungen in Form von Gleichbehandlungserklärungen mit Kenntnisnahme der SWH, Erklärungen zur Belastung des Grundbesitzes, Organschaftsrevers der SWH für die HWS und Letter of comfort der SWH für die HWS.

Die Anleihen betreffen Namensschuldverschreibungen inklusive Zinsabgrenzungen.

Unter den **Verbindlichkeiten** aus Lieferungen und Leistungen werden TEUR 10 (Vj.: TEUR 144) und unter den sonstigen Verbindlichkeiten TEUR 2.589 (Vj.: TEUR 3.237) **gegenüber der Gesellschafterin** ausgewiesen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen** entfallen auf Sonstige Verbindlichkeiten.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Lieferungen und Leistungen.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die ausgewiesenen **Umsatzerlöse** gliedern sich wie nachfolgend dargestellt:

	2014 TEUR	2013 TEUR
Strom	189.126	182.983
Wasser/Abwasser	76.969	77.385
Gas	60.277	74.531
Wärme	53.502	61.762
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	38.711	39.095
Netznutzung	30.692	28.148
Entsorgung	22.893	24.871
Freizeit	5.863	5.663
Hafen	1.434	1.152
Sonstige Erlöse	62.624	53.282
	<u>542.091</u>	<u>548.872</u>

Im Konzernabschluss wurden **außerplanmäßige Abschreibungen** von insgesamt TEUR 3.619 (Vj.: TEUR 4.842) auf das Sachanlagevermögen vorgenommen.

Der Posten „**Erträge aus Beteiligungen**“ umfasst u.a. die Beteiligungserträge der assoziierten Unternehmens A/V/E, OBS und RES. Der Posten „**Verluste aus Beteiligungen**“ umfasst die Beteiligungsverluste aus den assoziierten Unternehmen Saalebus und FSA.

Der Posten „**Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens**“ betrifft in Höhe von TEUR 150 außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (Vj.: TEUR 121) gem. § 253 Abs. 4 HGB.

Im Jahresergebnis des Konzerns sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 1.890 (Vj.: TEUR 1.058) enthalten. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 767 (Vj.: TEUR 1.009) ausgewiesen.

Die **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge** betreffen mit TEUR 146 (Vj.: TEUR 30) Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen und mit TEUR 5 (Vj.: TEUR 4) Erträge aus der Verrechnung Deckungsvermögen Pensionen. Verrechnet wurden TEUR 10 (Vj.: TEUR 11) aus der Aufzinsung von Altersversorgungsverpflichtungen und TEUR 15 (Vj.: TEUR 15) aus der Zeitwertbewertung der Rückdeckungsversicherung.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** betreffen mit TEUR 751 (Vj.: TEUR 1.200) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen und mit TEUR 413 (Vj.: TEUR 120) Zinsaufwendungen aus der Verrechnung des Deckungsvermögens aus Altersteilzeitverpflichtungen. Verrechnet wurden TEUR 434 (Vj.: TEUR 1.076) aus der Aufzinsung, TEUR 21 (Vj. TEUR 82) Zinserträge aus der Sicherung der Wertguthaben und TEUR 0 Aufwendungen (Vorjahr TEUR 41) aus der Bewertung zum Zeitwert.

In den **Außerordentlichen Aufwendungen** (TEUR 6.063; Vj.: TEUR 8.693) werden im Wesentlichen Zuführungen zu Drohverlustrückstellungen (TEUR 3.610) sowie Aufwendungen für Sozialpläne bzw. Aufwendungen aus der Zuführung zu Personalrückstellungen und Rückstellung für Restrukturierungen (TEUR 2.302) ausgewiesen.

Die **Außerordentlichen Erträge** (TEUR 1.054; Vj.: TEUR 4.186) beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Personalrückstellungen (TEUR 475), Erträge aus der Auflösung von Sozialplanrückstellungen (TEUR 324) und aus Gutschriften von Unterstützungskassen (TEUR 105).

V. Sonstige Angaben

1. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind

Für die Trianel GmbH, Aachen (Trianel), wurden Bürgschaften in Höhe von insgesamt TEUR 3.700 durch die EVH übernommen. Die Übernahme der Bürgschaften erfolgte aufgrund der Gesellschafterstellung der Stadtwerke Halle GmbH bei der Trianel und der zwischen der EVH und der Trianel bestehenden Verträge. Das Risiko der Inanspruchnahme besteht bei Zahlungsunfähigkeit der Trianel. Hiervon geht die Geschäftsführung aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse der Trianel nicht aus.

Aus dem im Jahr 2002 geschlossenen Vertrag über die Deutsche Straßenbahnen-Leasingfinanzierung mit US-amerikanischen Vertragspartnern ergeben sich aus Haupt- und Unterleasingvereinbarungen zu überwachende Handlungsfristen und Termine. Aus diesem von der HAVAG abgeschlossenen grenzüberschreitenden Leasinggeschäft bestehen ferner Haftungsverhältnisse, da Kreditinstitute mit hohem Rating gegen Bareinzahlungen den entsprechenden Teil der Zahlungsverpflichtung der HAVAG aus dem Leasinggeschäft übernommen haben und die HAVAG für die Erfüllung dieser Verpflichtung haftet. Die Haftung greift jedoch nur, wenn die betreffenden Kreditinstitute ausfallen und kein adäquater Ersatz mit ausreichender Bonität gestellt werden kann.

Weitere Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden am Abschlussstichtag nicht.

Das Bestellobligo für Sachanlagen und andere Investitionen aus im Jahr 2014 bereits erteilten Aufträgen sowie für den übrigen Liefer- und Leistungsbereich beträgt TEUR 9.168. Des Weiteren wurden Verträge über den langfristigen Bezug von Strom, Gas und Wärme (TEUR 198.741) geschlossen.

Aus einem zwischen dem Leasinggeber, der SWH und der EVH abgeschlossenen Leasingvertrag für das Verwaltungsgebäude Halle, Bornknechtstraße, ergeben sich für die Restlaufzeit des Vertrages TEUR 2.719 finanzielle Verpflichtungen. Aus einem in 2015 geschlossenem Kaufvertrag zum Erwerb des Verwaltungsgebäudes bestehen finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 21.946 gegenüber dem Eigentümer.

Die Verbindlichkeiten aus diversen Miet-, Pacht- und Leasingverträgen betragen insgesamt TEUR 20.779, wovon TEUR 13.163 kurzfristig, TEUR 7.228 mittelfristig und TEUR 388 langfristig fällig sind.

Aus Auftragsvergaben bzw. Vertragsabschlüssen bestehen für das Jahr 2015 im Investitionsbereich der HAVAG Verpflichtungen von 6,6 Mio. EUR. Die Verpflichtungen bestehen u. a. für die Schlussabrechnung der im Juni 2014 fertig gestellten neuen Gleis- und Verkehrsanlage in der nördlichen Großen Ulrichstraße (Westseite), die Weiterführung der Leistungen in den Umbau des Rannischen Platzes (Baubeginn war hier Oktober 2014) und des Ausbau des Verkehrsknotenpunktes „Am Steintor“, sowie Planungsleistungen und bauvorbereitende Maßnahmen für weitere Teilvorhaben im Rahmen des Stadtbahnprogramms, wie den Ausbau des 2. Bauabschnitts Böllberger Weg, Veszpremer Straße und Dessauer Straße.

Aus dem zwischen HAVAG und der Kommunalen Anlagen GmbH & Co. Straßenbahnbetriebshof Halle KG, Zwickau geschlossenen Vertrag über die Betreibung des Betriebshofes Rosengarten durch die KG ergibt sich die Verpflichtung zur Zahlung eines jährlichen Entgeltes von ca. 7,6 Mio. EUR.

Weitere finanzielle Verpflichtungen:

Für die Nutzung der Kläranlage Halle-Nord (Nutzungsüberlassungsvertrag) hat die HWS bis zum Jahr 2018 einen Grundpreis von insgesamt Mio. EUR 24,5 zu entrichten. Weiterhin ist ein Abwasserbehandlungsentgelt zu zahlen, dessen Höhe von den Aufwendungen der Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG abhängig ist. Die Höhe dieses Entgeltes betrug in 2014 TEUR 4.126. Durch den Nutzungsüberlassungsvertrag sichert sich die HWS das alleinige Recht zur Nutzung der Kläranlage Halle-Nord, ohne eigene Investitionen und Finanzierung. Risiken werden durch die fest vereinbarten Zahlungen minimiert.

Mit Datum vom 23. März 2007 wurde zwischen der HWS und der Stadt Halle (Saale) rückwirkend zum 1. Januar 2002 ein Konzessionsvertrag über die öffentliche Versorgung der Stadt Halle mit Wasser abgeschlossen. Die Stadt bedient sich zur Erfüllung der Aufgabe der öffentlichen Wasserversorgung der HWS als Dritten im Sinne des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt. Die HWS hat der Stadt unter dem Eintritt vertraglich geregelter Voraussetzungen eine Konzessionsabgabe zu zahlen. Für die Jahre 2013 bis 2018 wurde unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation der Sparte Trinkwasserversorgung die Abgabe fest vereinbart. Sie beträgt für die Jahre 2015 bis 2018 TEUR 1.074.

Mit der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wurde ein neuer Wasserlieferungsvertrag zum 1. Januar 2008 abgeschlossen. Dieser hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2017. Darin wurden ein fixer Leistungspreis und ein mengenabhängiger Arbeitspreis vereinbart. Das Volumen dieses Vertrages für die Restlaufzeit beträgt insgesamt rd. Mio. EUR 25,3.

Aus einer im Geschäftsjahr 2004 geschlossenen Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 1.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber einem Dritten, der ebenfalls Anteile erwarb.

Aus einem im Geschäftsjahr 2009 geschlossenen Anteilskauf- und Abtretungsvertrag einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 10.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber dem Verkäufer, der Stadt Halle (Saale).

Aus Sponsoringverträgen bestehen finanzielle Verpflichtungen von TEUR 354.

Mitarbeitern der HWS und der HAVAG, die das 17. Lebensjahr vollendet haben und eine Wartezeit von 60 Monaten erfüllen, ist eine Zusatzversorgung nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst zugesagt. Sie beruht auf der Mitgliedschaft im Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt - Zusatzversorgungskasse.

Die Zusatzversorgung umfasst:

- Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit
- Altersrenten
- Hinterbliebenenrenten sowie
- Sterbegeld.

Die Umlage bemisst sich nach dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der Mitarbeiter. Ab dem 1. Januar 2010 gelten ein Umlagesatz von 1,725 % und ein Zusatzbeitrag von 4,0 %. Der Zusatzbeitrag (2,0 % vom Arbeitnehmer zu tragen) dient dem Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge. Der von der HWS und der HAVAG zu tragende Anteil belief sich im Geschäftsjahr 2014 auf TEUR 1.772.

Aufgrund von Pensionszusagen der EVH, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen. Im Geschäftsjahr 2014 betrug das Beitragsvolumen insgesamt TEUR 720; für das Geschäftsjahr 2015 wird mit einem Beitragsvolumen von TEUR 740 gerechnet. In den Folgejahren ist mit vergleichbaren finanziellen Belastungen zu rechnen.

Aufgrund von mittelbaren Pensionszusagen der SWH, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen.

Der Konzern unterliegt Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich seines Grundbesitzes im Umfang von 11.000 qm begründet durch Erbbaupachtvertrag mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2025. Des Weiteren sind 18.935 qm von den insgesamt 39.000 qm zur Verfügung stehenden Ansiedlungsflächen der Hafen Halle GmbH verpachtet (Laufzeit verlängert bis 2020). Die jährlichen Erträge aus genannten Verträgen betragen derzeit TEUR 126.

Weiterhin besteht eine Beteiligungsverpflichtung der EVH. Diese Beteiligung der EVH an der Trianel weist zum 31.12.2014 einen Buchwert in Höhe von TEUR 4.214 aus. Die maximale Beteiligung an der Gesellschaft soll TEUR 10.000 (16,7%) betragen, wobei die Höhe der Eigenkapitalzuführung von den tatsächlichen realisierten Windparkprojekten abhängt.

2. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar der SWH und ihre vollkonsolidierten Tochterunternehmen betreffend schlüsselt sich auf in Abschlussprüfungsleistungen (TEUR 308), andere Prüfungsleistungen (TEUR 4), Steuerberatungsleistungen (TEUR 2) und sonstige Leistungen (TEUR 76).

3. Mitarbeiter

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2014 beschäftigte der SWH Konzern 2.769 Arbeitnehmer und Auszubildende.

Struktur der Arbeitnehmer nach Gruppen:

	Personen 2014	Personen 2013
Gewerbliche Arbeitnehmer	1.395	1.522
Angestellte	1.122	970
	2.517	2.492
Passive Altersteilzeit	84	55
Ruhende Arbeitsverhältnisse	33	28
Auszubildende	135	159
	2.769	2.734

4. Derivative Finanzinstrumente

Die SWH hat in der Vergangenheit zur Zinssicherung laufender variabler auf der Grundlage von Rahmenverträgen für Finanztermingeschäfte Zinsbegrenzungsengeschäfte (Caps) und Zinstauschgeschäfte (Swaps) erworben. Die auf die Caps zu zahlenden Prämien wurden im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über den Zinssicherungszeitraum linear abgeschrieben. Die vereinbarte Laufzeit der Caps endete zum 31.12.2014. Die entsprechenden Rechnungsabgrenzungsposten wurden damit vollständig aufgelöst.

Das über Swaps gesicherte Nominalvolumen der SWH beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 7.630. Der zum 31. Dezember 2014 ermittelte negative Marktwert dieser Verträge wird mit TEUR 850 angegeben. Aufgrund der Bildung von Bewertungseinheiten mit den zu sichernden Darlehen (Micro-Hedge) wurden keine Drohverlustrückstellungen gebildet. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäft (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-term-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter (Bewertung aktueller Zinskupons mit den Marktpreisen sowie Stückzinsen sowie Abzinsung vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit bis zum Bewertungstag auf Barwerte).

Zur Sicherung eines Festpreises für den Wärmebezug wurde ein Commodity Swap für die Jahre 2015 und 2016 abgeschlossen. Der negative Zeitwert dieser Swaps beträgt zum 31. Dezember 2014 TEUR 1.510 (Mark to Market-Bewertung).

Des Weiteren hat die EVH im Rahmen der Strategie zur Zinssicherung für drei variabel verzinsliche Darlehen (auch zukünftige) einen Festsatzswap abgeschlossen. Für ein variabel verzinsliches Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 14.026 (Stand zum 31. Dezember 2014: TEUR 3.507) hat der Zinsswap (Laufzeit bis zum 31. März 2017) am Bilanzstichtag einen negativen Marktwert von TEUR 208. Ein weiteres variabel verzinsliches Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 3.000 (Stand zum 31. Dezember 2014: TEUR 2.108) wurde im Geschäftsjahr 2011 aufgenommen. Im selben Jahr wurde ein Forward-Festsatzswap (Laufzeit 2012 – 2021) abgeschlossen, der am Bilanzstichtag einen negativen Marktwert von TEUR 227 hat. Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein KfW-Darlehen mit 20-jähriger Laufzeit in Höhe von Mio. EUR 17 aufgenommen. Die Zinsbindung beträgt 10 Jahre. Für die Laufzeit ab 2022 – 2032 wurde für den Restwert zum Stichtag in Höhe von TEUR 9.855 wiederum ein Forward-Festsatzswap abgeschlossen, dessen positiver Marktwert sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 725 beläuft. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäften (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäften (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Am 1. Oktober 2010 wurde von Maya mare ein Zinssatzswap mit einer Laufzeit vom 30. September 2010 bis 30. März 2023 vertraglich vereinbart. Der Zinssatzswap hat zum Bilanzstichtag einen negativen Marktwert in Höhe von TEUR 147. Es wird aufgrund des Vorliegens einer Bewertungseinheit keine Drohverlustrückstellung gebildet. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäft (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-

terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Mit Abschluss eines Forward-Swaps im September 2011 (Laufzeit bis zum 15. November 2021) sicherte sich die HAVAG eine zinsgünstige Anschlussfinanzierung für ein variabel verzinsliches Bankdarlehen ab November 2012. Das Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 10.569 betrug zum 31. Dezember 2014 TEUR 3.894. Der Swap (Festzinsswap) hatte einen negativen Marktwert von TEUR 324. Die Bedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft entsprechen sich.

Beginnend in 2014 ersetzt auch die HWS bestehende Darlehen bei Beendigung der Zinsbindung durch Darlehen mit variabler Verzinsung. Zur Absicherung der daraus entstehenden Zinsänderungsrisiken wurde am 26. Juni 2013 eine Portfolioswap-Vereinbarung über einen wesentlichen Teil des Kreditportfolios der HWS geschlossen. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich TEUR 5.294 bis max. TEUR 95.987. Zum 31. Dezember 2014 beträgt er TEUR 11.424.

5. Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2014 waren Herr Matthias Lux (Vorsitzender), Herr Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause und Herr René Walther.

Die Vergütung für die Geschäftsführer betrug im Geschäftsjahr 2014 TEUR 564 (Vorjahr TEUR 527).

6. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH gehörten im Geschäftsjahr 2014 an:

Vorsitzender: Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale)

Stellv. Vorsitzender: Lothar Philipp
Bezirksgeschäftsführer der Ver.di, Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd

Jürgen Allner
Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Hallesche Wasser und
Stadtwirtschaft GmbH
(seit 14. August 2014)

Stephanie Berend
Betriebsratsvorsitzende der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft
GmbH

Udo Böcker
Betriebsratsvorsitzender der Hallesche Wasser und
Stadtwirtschaft GmbH
(bis 14. August 2014)

Bernhard Bönisch
Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt
(bis 17. Juli 2014)

Eberhard Doege
Ruhestandsbeamter
(seit 17. Juli 2014)

Steffen Gärtner
Sachgebietsleiter Gebäudemanagement der EVH GmbH /
Mitglied des Betriebsrates der EVH GmbH

Stefan Hilbig
Fachbereichssekretär der Ver.di, Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd

Gerry Kley
Geschäftsführer der BIANCON Gesellschaft für Biotopanalyse und
Consulting GmbH
(bis 17. Juli 2014)

Burkhard Kocian
Betriebsratsvorsitzender der EVH GmbH

Johannes Krause
DGB-Regionsvorsitzender Halle-Dessau

Hendrik Lange
Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt
(bis 17. Juli 2014)

Monika Liedtke
Kaufmännische Angestellte der Hallesche Wasser und
Stadtwirtschaft GmbH

Dr. Bodo Meerheim
Geschäftsführer
(seit 17. Juli 2014)

Raik Müller
Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
(bis 17. Juli 2014)

Elisabeth Nagel
Angestellte der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion
Sachsen-Anhalt-Thüringen

Renate Otto
Leiterin Rechtsabteilung der Hallesche
Verkehrs-Aktiengesellschaft

Andreas Scholtyssek
Angestellter, Referent
(seit 17. Juli 2014)

Dietmar Weihrich
Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt
(seit 17. Juli 2014)

Tom Wolter
Regisseur, Schauspieler

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten im abgelaufenen Geschäftsjahr von der Gesellschaft Vergütungen in Höhe von TEUR 29.

Halle (Saale), den 12. Mai 2015

Die Geschäftsführung

Matthias Lux
(Vorsitzender)

Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause

René Walther

Anlage zum Antrag

Konzern-Kapitalflussrechnung

	2014 TEUR	2013 TEUR
Jahresergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaften) vor außerordentlichen	-11.086	-4.044
Abschreibungen / Zuschreibungen (-) auf Anlagevermögen	67.043	73.290
Anteilige Jahresergebnisse assoziierter Unternehmen	-509	105
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge (-)	-22.791	-16.807
Zunahme / Abnahme (-) der Rückstellungen	-9.350	-10.430
Verlust / Gewinn (-) aus dem Abgang von Anlagevermögen	-1.656	-117
Gewinnausschüttungen assoziierter Unternehmen	155	75
	<u>21.806</u>	<u>42.072</u>
Zunahme (-) / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	13.751	13.247
Zunahme / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-2.396	-23.377
Ein- und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	35	91
Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>33.196</u>	<u>32.033</u>
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	4.862	3.617
Auszahlungen (-) für Investitionen in Sachanlagen	-44.849	-48.460
Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Anlagen	0	17
Auszahlungen (-) für Investitionen in immaterielle Anlagen	-973	-1.393
Einzahlungen aus Abgängen von Wertpapieren	2.000	151
Auszahlungen (-) für Investitionen in assoziierte Unternehmen	-150	-1.125
Auszahlungen für Investitionen in (nicht einbezogene) verbundene Unternehmen	-69	0
Auszahlungen für Investitionen in Beteiligungen an übrigen Unternehmen	-1.358	-2.857
Cash-flow aus der Investitionstätigkeit	<u>-40.537</u>	<u>-50.050</u>
Einzahlungen aus Betriebskostenzuschüssen	10.395	862
Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten einschl. Schuldscheindarlehen	48.619	63.000
Auszahlung aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-62.301	-43.087
Einzahlungen in den Sonderposten für Investitionszuschüsse und für Abnehmerbeiträge	11.816	12.969
Cash-flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>8.529</u>	<u>33.744</u>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	<u>1.188</u>	<u>15.727</u>
Konsolidierungsbedingte Veränderung des Finanzmittelfonds	0	-152
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>62.719</u>	<u>47.144</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>63.907</u>	<u>62.719</u>
	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Liquide Mittel	63.905	62.711
verpfändete Bankguthaben	-186	-186
Wertpapiere des Umlaufvermögens	189	195
Jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-)	-1	-1
	<u>63.907</u>	<u>62.719</u>

Konzern-Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2014

	Mutterunternehmen				Minderheitsgesellschafter			
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern Eigenkapital	Eigenkapital	Minderheiten- kapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis	Eigenkapital	Konzern Eigen- kapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR
Stand zum 31. Dezember 2012	30.000.000,00	24.908.009,81	216.223.677,15	271.131.686,96	1.118.648,16	-2.156.811,83	-1.038.163,67	270.093.523,29
Ausschüttungen an Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	-9.042,22	0,00	-9.042,22	-9.042,22
Änderung des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	-56.809,03	-56.809,03	-18.840,45	0,00	-18.840,45	-75.649,48
Übrige Veränderung (Korrektur Vorjahr)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2.600,41	-2.600,41	-2.600,41
Konzern Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	-8.575.292,21	-8.575.292,21	0,00	24.378,58	24.378,58	-8.550.913,63
Konzern gesamt Ergebnis	0,00	0,00	-8.632.101,24	-8.632.101,24	-27.882,67	21.778,17	-6.104,50	-8.638.205,74
Stand zum 31. Dezember 2013	30.000.000,00	24.908.009,81	207.591.575,91	262.499.585,72	1.090.765,49	-2.135.033,66	-1.044.268,17	261.455.317,55
Ausschüttungen an Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	-101.752,93	0,00	-101.752,93	-101.752,93
Änderung des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Übrige Veränderung (Korrektur Vorjahr)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Konzern - Jahresüberschuss	0,00	0,00	5.864.145,14	5.864.145,14	0,00	22.785,48	22.785,48	5.886.930,62
Konzern gesamt Ergebnis	0,00	0,00	5.864.145,14	5.864.145,14	-101.752,93	22.785,48	-78.967,45	5.785.177,69
Stand zum 31. Dezember 2014	30.000.000,00	24.908.009,81	213.455.721,05	268.363.730,86	989.012,56	-2.112.248,18	-1.123.235,62	267.240.495,24

Konzernlagebericht der Stadtwerke Halle GmbH für das Geschäftsjahr 2014

1.	Grundlagen des Konzerns Stadtwerke Halle GmbH.....	3
1.1.	Geschäftsmodell	3
1.1.1.	Struktur und Beteiligungen	3
1.1.2.	Geschäftsfelder	3
1.1.2.1.	Energie.....	4
1.1.2.2.	Wasser und Entsorgung	4
1.1.2.3.	Mobilität	5
1.1.2.4.	Services	5
1.2.	Ziele und Strategien	5
1.2.1.	Konzern	5
1.2.2.	Geschäftsfeld Energie	6
1.2.3.	Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung	7
1.2.4.	Geschäftsfeld Mobilität.....	7
1.2.5.	Geschäftsfeld Services	7
1.3.	Steuerung.....	8
1.4.	Veränderungen im Konzern	8
2.	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	8
2.1.1.	Wirtschaftliche Entwicklung.....	8
2.1.2.	Arbeitsmarkt	9
2.1.3.	Bevölkerungsentwicklung	9
3.	Geschäftsverlauf.....	9
3.1.	Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	9
3.1.1.	Holding/Gruppe	9
3.1.2.	Energie	10
3.1.3.	Wasser und Entsorgung	10
3.1.4.	Geschäftsfeld Mobilität.....	11
3.1.5.	Geschäftsfeld Services	11
3.2.	Marktbezogene Entwicklungen.....	11
3.2.1.	Energie	11
3.2.2.	Wasser und Entsorgung	12
3.2.3.	Mobilität	13
3.3.	Politische und rechtliche Entwicklungen.....	13
3.3.1.	Energie	13
3.3.2.	Wasser und Entsorgung	14
3.3.3.	Mobilität	15
3.4.	Wesentliche Erfolgsfaktoren	15
3.4.1.	Energie	15
3.4.2.	Wasser und Entsorgung	16
3.4.3.	Mobilität	16
3.4.4.	Services	16
3.5.	Forschung und Entwicklung	17
3.5.1.	Energie	17
3.5.2.	Wasser und Entsorgung	17
3.5.3.	Mobilität	17
4.	Lage des Konzerns	18
4.1.	Ertragslage	18
4.1.1.	Ertragslage des Konzerns	18
4.1.2.	Geschäftsfeld Energie	20
4.1.3.	Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung	21

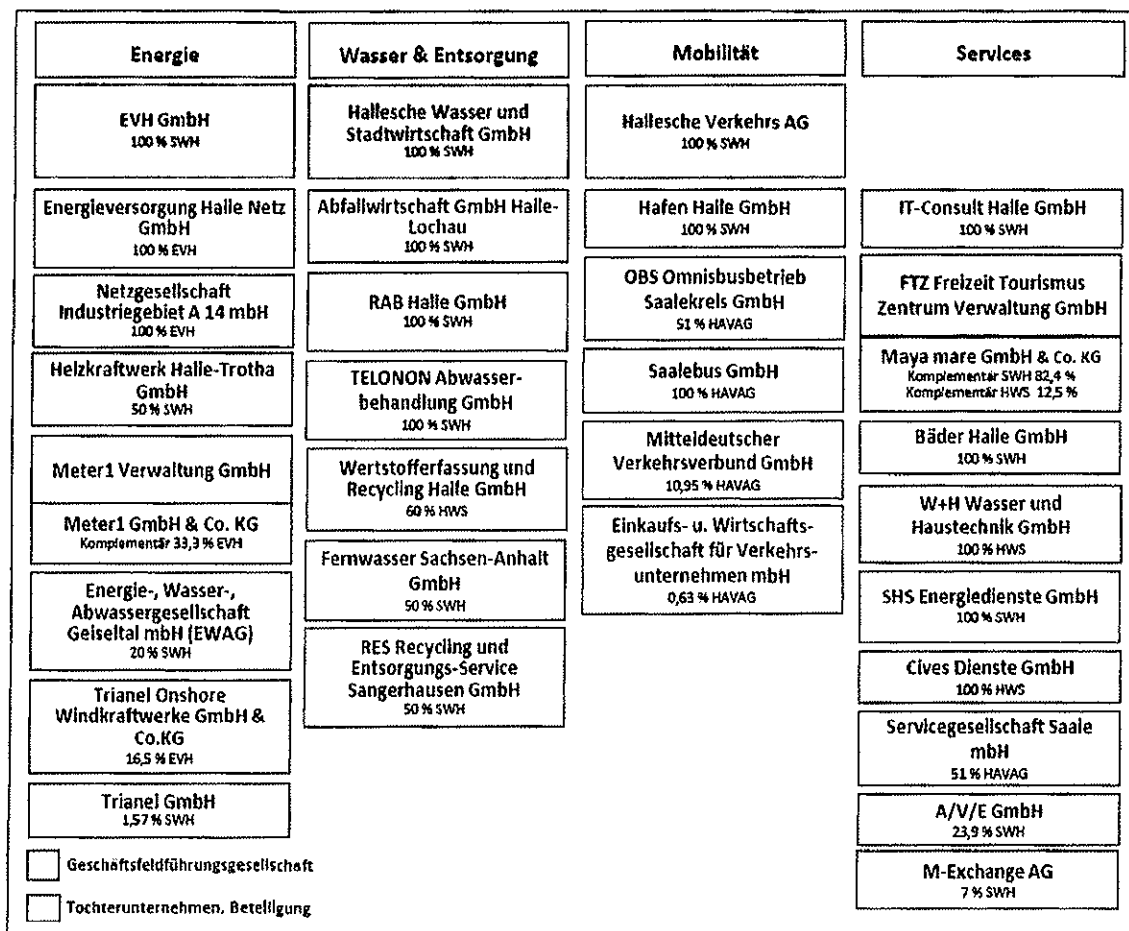
4.1.4.	Geschäftsfeld Mobilität.....	23
4.1.5.	Geschäftsfeld Services	24
4.2.	Finanzlage	24
4.2.1.	Finanzmanagement	24
4.2.2.	Kapitalstruktur	25
4.2.3.	Investitionen	26
4.2.4.	Liquidität	26
4.3.	Vermögenslage	27
4.4.	Gesamtaussage zur Lage.....	28
5.	Nachtragsbericht.....	28
6.	Chancen-und Risikobericht.....	29
6.1.	Risikomanagementsystem	29
6.1.1.	Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems	29
6.1.2.	Risikomanagement-Prozess und Organisation.....	29
6.2.	Chancen und Risiken	30
6.2.1.	Geschäftsfeld Energie	30
6.2.2.	Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung	31
6.2.3.	Geschäftsfeld Mobilität.....	32
6.2.4.	Geschäftsfeld Services	32
6.3.	Gesamtbild.....	33
7.	Prognosebericht	33

1. Grundlagen des Konzerns Stadtwerke Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

In der Stadtwerke-Gruppe sind unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 32 Unternehmen zusammengefasst. Die wirtschaftliche Betätigung unserer Beteiligungen erstreckt sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, der Ableitung und Behandlung von Abwässern, der Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung und Behandlung von Abfällen, öffentlicher Personennahverkehr und Hafenbetrieb sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.



1.1.2. Geschäftsfelder

Wir haben den Konzern branchenbezogen aufgestellt und in die Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität“ und „Services“ strukturiert.

1.1.2.1. Energie

Mit der EVH GmbH (EVH) als Führungsgesellschaft im Geschäftsfeld Energie beliefern wir Privat- und Gewerbe- sowie Großkunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas. Der Strombedarf wird dabei durch Eigenerzeugung im Heizkraftwerk Dieselstraße, durch Strombezug von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH, einem Gemeinschaftsunternehmen Stadtwerke Halle GmbH und der Verbundnetz Gas AG, sowie durch Bezug von verschiedenen Lieferanten auf der Basis von kurzfristigen Verträgen gedeckt.

Auf Grundlage eines Bilanzkreismanagements werden die Möglichkeiten des strukturierten Einkaufs zur Beschaffungsoptimierung genutzt. Der Erdgasbezug erfolgt auf Grundlage von langfristigen Lieferverträgen. Der Wärmebedarf wird zum überwiegenden Teil durch Eigenerzeugung gedeckt. Zusätzlich besteht ein Vertrag über den Wärmebezug von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen sowie in der Verpachtung von Anlagevermögen.

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist als Strom-, Gas- und Fernwärmenetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich. Zudem zählt die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH zum Geschäftsfeld.

Die Meter 1 GmbH & Co.KG ist ein Gemeinschaftsunternehmen der EVH sowie der Stadtwerke Leipzig und der Stadtwerke Jena-Pößneck. Das Unternehmen hat die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie den eigenständigen Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister zum Geschäftszweck.

Mit der Beteiligung an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG kooperieren wir mit anderen Stadtwerken im Bereich der Windenergie. Die Aufgaben der Gesellschaft umfassen die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie auf dem deutschen Binnenland. Ziel der Gesellschaft ist es, mittels der Beteiligung an Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften ein wirtschaftlich attraktives Onshore-Windparkportfolio aufzubauen.

Eine Ergänzung des Geschäftsfelds Energie stellt unsere Beteiligung an der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) dar. Mit ihr bedienen wir auch die Schnittstelle zur Reststoffverwertung (Ersatzbrennstoffe).

1.1.2.2. Wasser und Entsorgung

Die Kernleistungen unseres Geschäftsfeldes Wasser und Entsorgung umfassen die Trinkwasserversorgung sowie die Abwasser- und Abfallentsorgung. Im Wesentlichen werden diese Leistungen durch die Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) erbracht. Ergänzt wird unser Leistungsportfolio durch kommunalnahe Dienstleistungen der Straßenreinigung, des Winterdienstes und der Gebäudereinigung. Darüber hinaus werden Containerdienste sowie technische und kaufmännische Betriebsführungsdienstleistungen für Dritte erbracht.

Mit unserem Tochterunternehmen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) erstreckt sich das Geschäftsfeld weiter auf die Sanierung des ehemaligen Deponiegeländes und auf die Ansiedlung von sekundärrohstoffaffinen Branchenunternehmen. Ein weiteres Unternehmen dieses Geschäftsfeldes ist das Tochterunternehmen RAB Halle GmbH, welche die kommunalen Abfälle der Stadt Halle (Saale) aufbereitet und zusätzlich eine Ersatzbrennstoffherstellung betreibt. Zudem umfasst das Geschäftsfeld Leistungen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH (als Betriebsführer der Kläranlage Nord), eine 50 %-ige Beteiligung an der RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH, einem Unternehmen, welches seinen Geschäftsinhalt auf die Sammlung und den Transport von kommunalen Abfällen im Landkreis Mansfeld-Südharz konzentriert sowie eine 50%-ige Beteiligung an der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH. Komplettiert wird das Geschäftsfeld durch eine 60%-ige Beteiligung der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH an der WER – Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH, die die Entsorgung der Depotcontainer für Altglas als Aufgabe hat.

1.1.2.3. Mobilität

Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstrecken sich die Leistungen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) im Kerngeschäft auf den Öffentlichen Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Bussen in der Stadt Halle (Saale). Die Beteiligung OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH erbringt als Joint-Venture mit anderen Verkehrsunternehmen geschäftsfeldnahe Services und Dienstleistungen für die HAVAG.

Dem Geschäftsfeld ist außerdem die Hafen Halle GmbH als Dienstleister und Infrastrukturbetreiber in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr zugeordnet. Zu den Kernleistungen des Hafens zählen neben der Vorhaltung der hafeneigenen Infrastruktur insbesondere Bahnleistungen (Zug-, Traktions- und Rangierleistungen sowie Vermietung von Triebfahrzeugen), Containerumschlag (Übersee-Container im straßen- und schienengebundenen Verkehr), dispositive Leistungen (Organisation, Steuerung und Überwachung komplexer Transportketten) sowie Leistungen im Bereich Infrastruktur und Ansiedlungen.

1.1.2.4. Services

In dem Geschäftsfeld sind alle geschäftsfeldübergreifenden internen Dienstleistungen des Konzerns sowie bestimmte ausgegliederte kommunale Dienstleistungen für die Stadt Halle (Saale) unter Nutzung von Effizienzvorteilen konzentriert.

Eine wesentliche Säule des Geschäftsfeldes bildet die IT-Consult GmbH (ITC) als Kompetenzzentrum für Informationstechnologie, Telekommunikations- und Abrechnungsdienstleistungen, die darüber hinaus Dienstleistungen in den Bereichen IT-Infrastruktur, Systemintegration und Rechenzentrumsleistungen, Internet und Softwareentwicklung auch für externe Kunden erbringt.

Schwerpunkte der kommunalnahen Infrastrukturdienstleistungen bilden das Betreiben eines Freizeit- und Erlebnisbades durch die gleichnamige Maya mare GmbH & Co. KG und sieben öffentlicher Hallen- und Freibäder durch die Bäder Halle GmbH. In den Bereich kommunalnaher Dienstleistungen gehören auch die Leistungen der SHS Energiedienste GmbH für eine energieeffiziente Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet.

Weitere Unterstützungsfunktionen für den Konzern werden durch die W+H Wasser und Haustechnik GmbH mit Service- und Dienstleistungen für haustechnische Anlagen und für Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft bereitgestellt. Dienstleistungen auf dem Gebiet der Gebäudereinigung und Entsorgung von Leichtverpackungen werden über die Cives Dienste GmbH angeboten. Zum Aufgabenspektrum der Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) gehören Fahrzeug- und Gebäudereinigung sowie Fahrausweisprüfung.

1.2. Ziele und Strategien

1.2.1. Konzern

Die Zielstellung der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an den Konzern ist auf die Finanzierung der Zuschussbereiche (ÖPNV, Bäder, Hafen) ohne Belastung für den städtischen Haushalt gerichtet.

Vor diesem Hintergrund gilt es für uns, eine möglichst große Schnittmenge zwischen den Anforderungen der Gesellschafterin und den Wettbewerbsbedingungen auf den Bezugs- und Absatzmärkten unserer Unternehmen herzustellen. Im Mittelpunkt hierbei stehen die Sicherung und der Ausbau der Ertragskraft in den Geschäftsfeldern zur Erzielung einer attraktiven und nachhaltigen Rendite.

Unsere strategischen Ziele beziehen sich auf die Dimensionen „Ressourcen/Wissen“, „Geschäftsprozesse“, „Kunden/Öffentlichkeit“ und „Finanzen“ und bilden zugleich auch den Rahmen für die durch uns begleiteten Strategieentwicklungen der Tochterunternehmen.

Innerhalb dieses Rahmens zielen die Strategien der Konzernunternehmen auf den Ausbau der Ertragskraft und der Finanzierungsfähigkeit sowie auf den nachhaltigen Substanzerhalt der Stadtwerkeunternehmen. In der Stadtwerke-Gruppe werden die Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Erhöhung der Kundenbindung und -zufriedenheit, der Neujustierung operativer Geschäftsfelder sowie insbesondere durch Strategien zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung unterlegt, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogenen Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Die Strategien werden regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungswürdigkeit überprüft.

Im Ergebnis der auf die Prozessoptimalität ausgerichteten Strategien wurde im vierten Quartal 2012 das Programm „Exzellenz plus 20“ eingeleitet. Mit dem konzernweit koordinierten Programm verfolgen wir das verbindliche Ziel, im Mittelfristzeitraum zusätzliche Effizienzpotentiale von 20 Mio. € jährlich zu erschließen. Im Ergebnis der Exzellenz-Initiative wurden über 180 Projekte identifiziert und zur Zeit umgesetzt.

1.2.2. Geschäftsfeld Energie

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen haben sich mittlerweile fundamental verändert. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren immer komplexeren Planungsstrukturen, als auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte.

Die sich zugunsten regenerativer Erzeugungsanlagen verschiebenden Kapazitäten in der Stromerzeugung führen zu Ertragseinbußen in der Stromerzeugung mit der Konsequenz einer verminderten Wirtschaftlichkeit selbst bei hochmodernen Gas- und Dampfturbinenanlagen. Wir haben auf die erheblichen Veränderungen des Energiemarktes reagiert und die strategische Ausrichtung angepasst: mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur werden die Kern-Handlungsfelder der Zukunft abgedeckt.

Um die Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Fernwärme beliefern und um die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal vermarkten zu können, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen.

Mit der Etablierung der Organisationseinheit Portfoliomanagement und Beschaffung wurden sämtliche diesbezügliche Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und CO₂ zentral und koordiniert an einer Stelle erfolgen und sich die Bereiche Erzeugung und Energievertrieb auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren können.

Im Zusammenhang mit dem neuen Geschäftsbereich „Erneuerbare Energien“ erwarb die EVH GmbH Anteile an der Beteiligungsgesellschaft Trianel Onshore-Windkraftwerke GmbH & Co. KG.

Ebenfalls wird der Geschäftsbereich kundennahe Energiedienstleistungen deutschlandweit weiter ausgebaut. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung soll langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen.

1.2.3. Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

Hauptziel des Geschäftsfelds ist es, für die Konzessions- und Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale) und einige Gebietskörperschaften im Umland sowie für die privaten und gewerblichen Auftraggeber alle wesentlichen Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigungs- und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung nachhaltig und langfristig zu erbringen. Diese Zielverfolgung erfolgt unter Einhaltung der Nebenbedingungen: Ver- und Entsorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und angemessene Rentabilität.

Vor diesem Hintergrund zielen wir auf eine kontinuierliche, kundenorientierte Verbesserung des Dienstleistungsportfolios bei gleichzeitiger Erschließung weiterer wirtschaftlicher Optimierungspotenziale. Hierzu zählen die Einbindung des Geschäftsfeldes in den strategischen Prozess der Gruppe im Rahmen des Programms „Exzellenz plus 20“ sowie die zeitnahe und effiziente Umsetzung der Maßnahmen aus dem Optimierungsprogramm „HWS 2020“.

Neben den vorgenannten Maßnahmen zur Umsetzung der Optimierungsstrategien tritt die weitere Umsetzung des Programms zur Senkung der Bankverbindlichkeiten. Hierzu haben wir im Geschäftsjahr nochmals die Kapitalausstattung der HWS durch eine Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 2,0 Mio. EUR gestärkt.

1.2.4. Geschäftsfeld Mobilität

Die Kernaufgabe der HAVAG besteht in der Sicherung der Qualität und Kostenoptimalität des öffentlichen Personennahverkehrs. Inflationsbedingte und tarifäre Aufwandssteigerungen erfordern eine permanente Überprüfung und Verbesserung der Prozesse und Kapazitäten. Ziele dieser Überprüfung sind die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragsteigerung zur Schaffung finanzieller Spielräume für die Gestaltung von Unternehmensprozessen sowie für die Erarbeitung und Umsetzung von Rationalisierungspotentialen.

Zur strategischen Ausrichtung der HAVAG für die nächsten fünf Jahre wurde im Jahr 2013 der Strategieentwicklungsprozess „Zukunftsdialog HAVAG 2018“ initiiert. Im Ergebnis wurden zahlreiche strategische Projekte und auch operative Maßnahmen entwickelt, die sich bereits in der Umsetzung befinden. Gleichzeitig galt es, die Maßnahmen im Rahmen des Programms „Exzellenz plus 20“ weiter zu verfolgen. Mit den daraus resultierenden Ergebniseffekten wird eine Stabilisierung des mittelfristigen Zuschussbedarfes beabsichtigt, um weiterführend die Stadtwerkegruppe und den Haushalt der Stadt Halle (Saale) zu entlasten.

1.2.5. Geschäftsfeld Services

Die Zielstellung unseres Geschäftsfeldes besteht in der weiteren Optimierung unternehmensübergreifender Prozesse, vornehmlich in den Bereichen IT, Abrechnung und weiterer Hilfs- und Querschnittsprozesse. Von der Initiierung und Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Kosteneffizienz profitieren alle Geschäftsfelder der Gruppe und die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale). Vor diesem Hintergrund wurden durch die ITC zahlreiche Projekte im Rahmen des Programms „Exzellenz plus 20“ erarbeitet und weiter umgesetzt.

Die Freizeit- und sportaffinen Aktivitäten des Geschäftsfeldes zielen auf den langfristigen Erhalt und Betrieb der übertragenen Einrichtungen für eine kostenoptimale Grundversorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale).

1.3. Steuerung

Wir steuern den Konzern im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Geschäftsprozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des konzernweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden.

Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Konzernunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die operative Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Services.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen sind der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung) sowie Fremdkapital- und Kapitaldienstkorridore für die einzelnen Beteiligungsunternehmen.

Der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungserträgen ermittelt den Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschafts-/Gewerbesteuer und Kapitalertragssteuer. Der vorgenannte Netto-Cashflow ist die Ausgangsgröße für die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der jeweiligen Folgejahre.

1.4. Veränderungen im Konzern

Die mittelbare Beteiligung an der Trianel Onshore-Windkraftwerke GmbH & Co. KG erhöhte sich im Geschäftsjahr 2014 auf 16,5 % durch vollständige Einzahlung der Stammeinlagen durch die EVH GmbH.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die PRL Recyclingpark Lochau GmbH i. L. gelöscht.

Die HAVAG erwarb im Geschäftsjahr weitere 50% der Anteile an der Saalebus GmbH und ist nunmehr alleinige Gesellschafterin. Die Saalebus GmbH erbringt ausschließlich Leistungen für die HAVAG.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.1.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 % auf 9,8 % zurückging.

2.1.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 zum fünften Mal in Folge seit 2010 einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden. Diese erfreuliche Entwicklung ist vor dem Hintergrund der vorgehaltenen Infrastrukturen für die Ver- und Entsorgung und für den ÖPNV von besonderer Bedeutung.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.1.1. Holding/Gruppe

Im Geschäftsjahr wurde in Ergänzung des Programmes „Exzellenz plus 20“ ein konzernweites Projekt zur Identifikation weiterer Effizienzpotentiale bei Hilfs- und Querschnittsprozessen in den Bereichen Einkauf, Facility-Management, IT Services sowie Abrechnung/Kunden gestartet. Die erarbeiteten Maßnahmen werden sowohl zu Einspareffekten durch Prozessoptimierungen als auch zu Qualitätsverbesserungen führen.

Im ersten Quartal 2014 wurde das Revisions-System der SWH-Gruppe weiterentwickelt. Das Revisions-System erstreckt sich auf alle SWH-Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung und wird als zentrale Dienstleistung durch die Holding erbracht. Die Regelungen über die Arbeit der Konzernrevision wurden in einer neuen Geschäftsordnung (Aufgaben, Befugnisse, Qualitätsmanagement, Revisionsdurchführung, Berichterstattung, personelle Ausstattung u.a.) angepasst und (neue) Dienstleistungsverträge mit den SWH-Unternehmen abgeschlossen.

Im vierten Quartal starteten die Arbeiten zur Modernisierung und Weiterentwicklung des Treasury-Management-Systems (TMS) der Stadtwerke. Hierzu wurde bereits im letzten Jahr das seit 2001 bestehende System mit Hilfe externer Unterstützung auf Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich der Instrumente, Regelwerke und der Organisation untersucht. Im Ergebnis wurde mit der Einführung einer neuen integrierten TMS-Software begonnen, welche die bisher genutzten Insellösungen ersetzen wird. Im Zuge der Weiterentwicklung der Unternehmenstransparenz wurden alle Werbevertragspartner und Spendenempfänger der SWH-Gruppe, erstmals für 2012, auf unserer Homepage veröffentlicht. Ebenso wurden alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen auf unserer Homepage veröffentlicht. Beide Übersichten werden jährlich veröffentlicht.

Mit der Vorbereitung auf die Prüfung des Personalbereiches nach dem Standard - IDW PS 951 wurde uns ein hohes Maß an Qualität und Prozesssicherheit für die zentral erbrachten personalwirtschaftlichen Leistungen bescheinigt. Der Abschluss der Prüfung ist für Anfang 2015 vorgesehen.

3.1.2. Energie

Trotz gestiegener EEG-Umlage (2014: 6,240 Cent je kWh; Vorjahr: 5,227 Cent je kWh) wurden die Strompreise zum 1. Januar 2014 stabil gehalten. Die beim Strom entstandenen Mehrkosten konnten durch permanente Optimierung der Beschaffung und durch weitere Effizienzsteigerungen kompensiert werden. Gleichzeitig blieben auch die Preise für Erdgas unverändert. Das Gas-Produktportfolio wurde mit zwei neuen Tarifen „Halplus Erdgas Spar+24“ und „Halplus Erdgas Direkt+24“ ergänzt. Diese kombinieren günstige Konditionen mit einer 24-monatigen Preissicherheit, vorbehaltlich weiterer Änderungen gesetzlich gestalteter Kosten.

Als neue Marke wurde „neogrün - Strom findet Stadt“ für die Vorhaben in Bezug auf die Elektromobilität eingeführt. Der Umweltgedanke in der Stadt Halle (Saale) soll gefördert und der Zugang zu umweltfreundlicher Mobilität erleichtert werden. Die Kampagne ist Teil des Vorhabens „Elektromobilität Mitteldeutschland“, das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bis zum 31. März 2016 gefördert wird. Seit 2004 führt unsere Energietochter regelmäßige Befragungen ihrer Kunden durch, welche grundsätzlich die hohe Bekanntheit unserer Marke „HALPLUS“ bestätigt haben. Die im Jahr 2014 für den Privatkundenbereich durchgeführte Befragung führte zu einer Gesamtzufriedenheit nach dem „Kundenzufriedenheitsindex“ von 77 %, was im Branchenvergleich als positiv einzuschätzen ist.

Die EVH unterstützt Privatkunden seit vielen Jahren bei der Umstellung auf energiesparende Elektrogeräte. Auch die neue Kampagne „Schmeiß die/den Alte(n) raus!“ motiviert einmal mehr zum Energiesparen und ruft Kunden dazu auf, ihre alten „Energiefresser“ durch energiesparende Geräte zu ersetzen. Die Werbeaktion wurde von der Zeitung für kommunale Wirtschaft (ZfK) mit der „Kampagne des Monats“ prämiert.

3.1.3. Wasser und Entsorgung

Im Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung konnten im Rahmen des Effizienz- und Entwicklungsprogramms „Exzellenz plus 20“ weitere Ertragspotentiale umgesetzt werden. Hierbei konnte an die Maßnahmen des „HWS 2020“-Programms angeknüpft werden und auch konzernweite Projekte initiiert, fortgeführt bzw. beendet werden. Zu den weiteren wesentlichen Ereignissen zählt die Eröffnung der Sortieranlage für Elektronikschrott im März 2014 am Standort Äußere Hordorfer Straße, die strategisch darauf abzielt, durch hochwertiges Recycling an der Wertschöpfung in diesem Zukunftsmarktsegment teilzunehmen.

Zum 31.12.2014 übernahm die HWS die Anlagen für die Wasserversorgung und die Abwasser- bzw. Niederschlagswasserentsorgung des städtischen Industriegebietes „Star-Park“.

Mit der Stadt wurde ein Mittelfristvertrag bis 31.12.2017 zur Reinigung der Straßenentwässerungsanlagen geschlossen und somit die langfristig gebundene Dienstleistungen der Daseinsvorsorge weiter ergänzt.

Der Wasser- und Abwasserzweckverband Saalkreis (WAZV) beendete die Betriebsüberlassungsvereinbarung mit der HWS zum 31.12.2014. Im Laufe des Geschäftsjahres wurden die Endschaftsbedingungen der Vereinbarung (Überführung von Personal, Trennung bzw. messtechnische Trennung des Netzes und die Übergabe von Unterlagen) umgesetzt. Zum 01.01.2015 liefert die HWS an den WAZV Trinkwasser über 34 Abnahmestellen des halleschen Netzes.

Mit dem Abwasserzweckverband Elster Kabelsketal (AZV Elster Kabelsketal) wurde über die vollständige Übertragung der hoheitlichen Aufgabe „Abwasserentsorgung“ auf die Stadt Halle (Saale) verhandelt. Die Übertragung soll im Rahmen einer Zweckvereinbarung zwischen dem AZV Elster Kabelsketal und der Stadt Halle (Saale) erfolgen. Im Rahmen des Konzessionsvertrages mit der Stadt Halle (Saale) wird der HWS die Aufgabenerledigung und das Anlagevermögen des AZV Elster Kabelsketal übertragen.

Als technisch größere Erweiterungsmaßnahme erfolgte im Mai 2014 die Inbetriebnahme eines zusätzlichen dritten Motors an der Deponiegasverwertungsanlage Süd durch die Deponiegesellschaft AWH. Mit der Anlage wurde die weitere energetische Verwertung von Deponiegas ausgebaut und neben der Verminderung der Emission des Treibhausgases Methan wurden zusätzliche Erlöspotentiale erschlossen.

3.1.4. Geschäftsfeld Mobilität

Im Zuge der Zentralisierung auf das Kerngeschäft beabsichtigen wir die Veräußerung von nicht betriebsnotwendigen Immobilien der HAVAG. Nach erfolgreichen Verhandlungen mit potentiellen Käufern und der Unterzeichnung der notariell beurkundeten Kaufverträge im vierten Quartal 2014 ist der Verkauf im ersten Quartal 2015 mit der Übergabe der Werkswohnungen abgeschlossen worden.

Im Hafen Halle wurden im Jahr 2014 erstmals auch kontinentale Kombinierte Verkehre (KV) von und nach Italien über das ContainerTerminalHalleSaale (CTHS) abgewickelt. Die Zusammenarbeit mit dem Geschäftspartner Lugo Terminal S.p.A. soll im Jahr 2015 fortgesetzt bzw. ausgeweitet werden.

3.1.5. Geschäftsfeld Services

Die Bäder Halle GmbH schloss die Errichtung einer Ballsporthalle ab und verpachtete sie langfristig an die GWG mbH, Halle.

3.2. Marktbezogene Entwicklungen

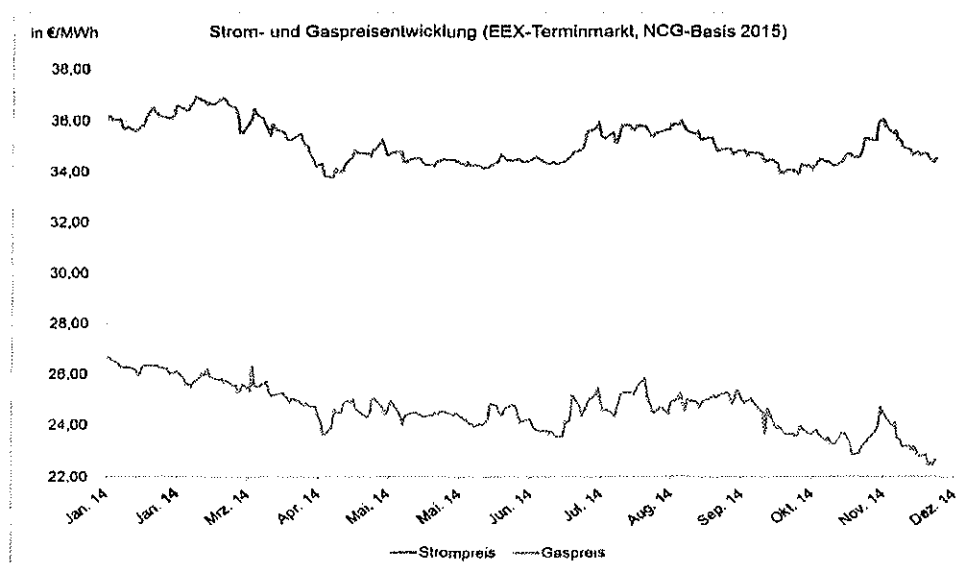
3.2.1. Energie

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im abgelaufenen Geschäftsjahr um knapp 5 % zurückgegangen. Grund hierfür war vor allem die milde Witterung im ersten und vierten Quartal 2014. Diese Entwicklung hatte erheblichen Einfluss auf den Wärmemarkt, der mit rund 40 % den größten Anteil am Energiebedarf ausmacht. Auch der Erdgasverbrauch ging auf Grund der deutlich wärmeren Witterung zurück.

Auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt verschärft sich der Wettbewerb weiterhin. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Erschließung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Bedingungen für die Kunden durch kürzere Wechselfristen und verbessertem Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben großen Einfluss auf den Wettbewerb.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für konventionelle Kraftwerke sind nach wie vor schwierig. Der forcierte und subventionierte Ausbau der erneuerbaren Energien im Zuge der Energiewende sowie die anhaltend niedrigen Preise für Kohle und CO₂-Zertifikate beeinflussten auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 die Beschaffungs- und Absatzmärkte der Energiebranche.

Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2014 wie nachfolgend gezeigt weiterhin nach unten:



Im ersten Quartal verlor der Gaspreis für das Jahresprodukt (NCG Base 2015) 4 Euro pro MWh, der Tiefstpreis lag kurzfristig bei 24 Euro je MWh. Über die Sommermonate erfuhr er eine leichte Erholung und schwankte zwischen 24 und 26 Euro pro MWh. Seit Beginn des vierten Quartals reduzierte sich der Gaspreis weiter und verzeichnete zum Jahresende seinen Jahrestiefstpreis von 22,50 Euro pro MWh. Während der Ölpreis (Brent) im gleichen Zeitraum (2014) um 48 % sank, fiel der Preisverfall des Erdgases mit 15 % deutlich geringer aus. Der Strompreis für ein Grundlastband (EEX Base 2015) lag zum Jahresende bei zirka 34 Euro je MWh und damit gut 2 Euro pro MWh unter dem Niveau des Jahresbeginns.

3.2.2. Wasser und Entsorgung

Der Trinkwasserverbrauch in Deutschland variiert regional deutlich. Zwischen den Bundesländern zeigen sich große regionale Unterschiede in der Wassernutzung. Während die Einwohner Nordrhein-Westfalens von ihrem Wasserversorger im Durchschnitt täglich 135 Liter abnehmen, nutzen die Einwohner unseres Bundeslandes durchschnittlich nur 91 Liter Wasser pro Tag.

Das Wasseraufkommen lag im Berichtszeitraum in Höhe von 571 Tm³ (+3,2 %) über den Planerwartungen. Im Geschäftsjahr war eine überplanmäßige Wasserbereitstellung für das Gebiet der Stadt Halle (Saale), für das Versorgungsgebiet des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Saalkreis sowie für die MIDEWA GmbH Merseburg festzustellen.

Der Sekundärrohstoffpreis für Kunststoffe, der sich in den ersten drei Quartalen auf niedrigem Niveau stabilisiert hatte, sank im 4. Quartal erneut. Die Preisentwicklungen für Pappe, Papier und Kartonagen (PPK) sowie Altholz verhielten sich im 4. Quartal 2014 konstant. Für PE-Gewerbemischfolien und Stahlschrott waren im letzten Quartal 2014 sinkende Preise zu notieren. Der allgemeine Trend der Preisentwicklung bleibt auf Grund von Rohstoffspekulationen an den Börsen weiterhin kurzfristigen Schwankungen unterworfen.

3.2.3. Mobilität

Deutschlandweit nutzen rund 10 Mrd. Fahrgäste den Öffentlichen Personennahverkehr mit steigender Tendenz. Das Mobilitätsverhalten der Bundesbürger zeigt dabei deutliche regionale Unterschiede. Nach der Statistik des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) betrug die durchschnittliche Verkehrsleistung der Verbandsunternehmen bundesweit 1.157 Personenkilometer je Einwohner, bei einem durchschnittlichen Motorisierungsgrad von 545 Kraftfahrzeugen je 1.000 Einwohner. Sachsen-Anhalt hat eine Verkehrsleistung von 813 Personenkilometer je Einwohner bei einem dem Bundesdurchschnitt vergleichbaren Motorisierungsgrad von 526 Kfz je 1.000 Einwohner.

Die Preise für Kraftstoffe (Diesel und Superbenzin) gingen im Jahr 2014 im Vorjahresvergleich leicht zurück. Hierbei führen sinkende Kraftstoffpreise zu einer leichten Kostenentlastung, die jedoch die vorangegangenen Preissteigerungen nicht ausgleichen. Sinkende Kraftstoffpreise haben allerdings auch Einfluss auf das Mobilitätsverhalten durch geringere Kosten des Individualverkehrs.

Demgegenüber sorgt die Entwicklung des Fahrstromes für einen anhaltenden Kostendruck. Seit 2010 verringerte sich der reine Strompreisanteil am Fahrstrom von 48 % auf 34 % im Jahr 2014, während die Anteile der Netzentgelte und der staatlichen Umlagen von 52 % auf 66 % anstiegen. Insgesamt stieg so der Fahrstrompreis seit 2010 um 12 % an.

Die größeren Marktturbulenzen im bahnseitigen Container-Verkehr im Jahr 2013 wirkten durch die anhaltend aggressive Preispolitik mancher Zugbetreiber noch weit in das Jahr 2014 hinein. Trotz dieses Umstands konnte im Jahr 2014 das Containeraufkommen im Vergleich zum Vorjahr um 16 % gesteigert werden.

Mit der im Jahr 2009 eingeführten Marke CTHS und der Qualität unserer Leistungen konnten wir auch im abgelaufenen Geschäftsjahr unsere Marktposition im Kombinierten Verkehr (KV) weiter festigen und ausbauen. Neben vertraglich gebundenen Großkunden, haben wir zwischenzeitlich stabile geschäftliche Kontakte zu über 35 auch international tätigen Kunden des produzierenden Gewerbes, der Logistikbranche und auch Überseereedereien.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklungen

3.3.1. Energie

Im Januar 2014 beschlossen Vertreter der EU-Staaten eine Novellierung des EU-Emissionshandelsystems. Damit wurde der Weg zum Backloading von 900 Millionen CO₂-Zertifikaten im EU-Emissionshandel frei. Die Zertifikate sollten ursprünglich 2014 bis 2016 auf den Markt kommen. Jetzt wird die Versteigerung erst für die Jahre 2019 und 2020 vorgesehen. Um die Preise für die CO₂-Zertifikate zu stabilisieren wurden 400 Millionen Emissionszertifikate in 2014 aus dem Handel genommen. Für 2015 ist eine Kürzung von 300 Millionen Zertifikaten und für 2016 eine Kürzung von 200 Millionen Zertifikaten vorgesehen. Die Maßnahme zeigte erste Wirkung. Die Preise für CO₂ verzeichneten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Anstieg. Im Dezember 2014 lag der Preis für CO₂ bei 7,24 Euro je Tonne (Dezember 2013: 4,67).

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einigten sich im Oktober auf einen neuen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik 2030. Als Zielvorgabe für 2030 wurde eine Reduktion von mindestens 40 % der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 sowie ein Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien auf EU-Ebene auf mindestens 27 % genannt. Ebenfalls diskutiert wurde die Einführung einer Marktstabilitätsreserve für CO₂-Zertifikate, durch welche das EU-Emissionshandelsystem wiederbelebt und auf ein höheres Preisniveau gebracht werden soll.

Zum 1. August 2014 trat das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2014 (EEG 2014) in Kraft. Im neuen EEG wurde der Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen an Land auf jeweils 2.500 MW im Jahr begrenzt und die feste Einspeisevergütung sukzessive gesenkt. Während die durchschnittliche Vergütung für Strom aus erneuerbaren Energien bis 2014 ca. 17 Cent je kWh beträgt, werden Betreiber neuer Anlagen ab 2015 durchschnittlich nur ca. 12 Cent je kWh erhalten.

Zum anderen werden zukünftig auch Eigenstromversorger an den Ausbaurkosten für die erneuerbaren Energien beteiligt. Bei der Eigenstromversorgung aus neuen Erneuerbare-Energien-Anlagen oder neuen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ist ab 2017 eine auf 40 % reduzierte EEG-Umlage zu entrichten. Hiervon sind Anlagen betroffen, die der Eigenversorger vor dem 1. August 2014 betrieben und zur Eigenversorgung genutzt hat. Des Weiteren zählen auch Bestandsanlagen dazu, die vor dem 23. Januar 2014 nach dem Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigung, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (BImSchG) genehmigt oder nach anderer Bestimmung des Bundesrechts zugelassen und vor dem 1. Januar 2015 zur Eigenversorgung genutzt worden sind.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) veröffentlichten am 15. Oktober 2014 die Prognose der 2015 zu erwartenden Einspeisung aus regenerativen Stromerzeugungsanlagen nach dem EEG sowie die daraus resultierende EEG-Umlage für das Jahr 2015. Die EEG-Umlage ist von allen Letztverbrauchern für jede bezogene Kilowattstunde zu entrichten. Dies bedeutet, dass die Verbraucher zur Förderung der erneuerbaren Energien im Stromsektor im Jahr 2015 einen Beitrag von 6,170 Cent je kWh leisten. Damit liegt die EEG-Umlage im Jahr 2015 knapp 1,1 % unter dem Niveau des Jahres 2014 von 6,240 Cent je kWh. Neben der EEG-Umlage sinken auch die Preise für die Offshore-Haftungsumlage und die Umlage für abschaltbare Lasten.

Die Neuerungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) traten überwiegend zum 1. Mai 2014 in Kraft. Kernelement der Novelle ist die Anhebung der energetischen Anforderungen an Neubauten um durchschnittlich 25 % des zulässigen Jahres-Primärenergiebedarfs und um durchschnittlich 20 % bei der Wärmedämmung der Gebäudehülle. Dies ist auch ein Schritt hin zum EU-Niedrigstenergiegebäudestandard, der spätestens ab 2021 gilt.

3.3.2. Wasser und Entsorgung

Im Oktober 2014 wurde durch den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) die neue Abfallwirtschafts- und Abfallgebührensatzung für die Jahre 2015 und 2016 beschlossen. Daraus ergeben sich verschiedene Änderungen in der Abfallwirtschaftssatzung. Sie betreffen vor allem Änderungen in den Entsorgungsrhythmen, die Einführung einer elektronischen Erfassung von Behälterentleerungen mittels eines Identifikationssystems für Abfallbehälter sowie den noch effektiveren Einsatz von Restmüllbehältern zur Abdeckung des erforderlichen Behältervolumens.

Ab dem 01.01.2015 ist nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz zusätzlich zum bestehenden Trennsystem die getrennte Sammlung von Metallen und Kunststoffen (sogenannte stoffgleiche Nichtverpackungen) und Bioabfällen einzuführen. Für Bioabfälle besteht in der Stadt Halle (Saale) bereits seit Jahren ein Trennsystem. Für die Erfassung stoffgleicher Nichtverpackungen fehlen die konkreten Vorgaben auf Grund eines untersetzenden gesetzlichen Rahmens (Wertstoffgesetz), daher wurde sich mit der Stadt auf die Übergangslösung verständigt.

Für die kommunale Abwasserbehandlung wurde im September 2014 bestimmt, dass Abwasseranlagen so zu errichten und betreiben sind, dass eine energieeffiziente Betriebsweise ermöglicht wird. Dabei sollen die bei der Abwasserbeseitigung entstehenden Energiepotenziale allerdings nur soweit genutzt werden, wie dies technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist. In der HWS wurde und wird besonderes Augenmerk auf die Umsetzung von Maßnahmen zur Senkung des Primärenergiebedarfs bei der Abwasserbehandlung gelegt, wie z.B. durch den Ersatz von energieintensiven durch energiesparende Motoren.

Im Rahmen des Deutschen Ressourceneffizienzprogramms sind der Ausbau des Phosphorrecyclings und der Einsatz recycelter Phosphors die favorisierten Maßnahmen zum verantwortungsvollen Umgang mit der knappen Ressource Phosphor. Vor diesem Hintergrund wurde 2014 durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMU) in Übereinstimmung mit der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall ein Recyclingkonzept zur Nutzung von Phosphor aus Abwasser und Klärschlamm entwickelt. Der Entwurf zur Novellierung der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) enthält derzeit eine Übergangsfrist von 10 Jahren zum Ausstieg aus der bodenbezogenen Klärschlammverwertung. An die zukünftige Klärschlammverbrennung als Entsorgungsweg werden Bedingungen zur Gewährleistung der Phosphorrückgewinnung geknüpft sein. Für die HWS bedeutet dies, dass derzeit genutzte Entsorgungswege mittelfristig ersetzt werden müssen. Im Jahr 2014 wurde daher das Fraunhofer Institut mit einer Erststudie zur Phosphorrückgewinnung beauftragt. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass bei einer bodenbezogenen Verwertung von Klärschlämmen ab 01.01.2015 (Ablauf der Übergangsfristen der Düngemittelverordnung), der Vorrang abfallrechtlicher Grenzwertfestlegungen gemäß Klärschlammverordnung aufgehoben ist und abfall- und düngerechtliche Verordnungen nebeneinander gelten. Bei der bodenbezogenen Klärschlammentsorgung müssen ab diesem Zeitpunkt zusätzliche Voraussetzungen (Grenzwerte etc.) erfüllt werden.

Durch die zum 01.01.2015 angekündigte Einführung des Mindestlohngesetzes wurde auch der Tarifvertrag des Gebäudereinigungshandwerks angeglichen. Dies wurde in der Planung für 2015 und Folgejahre berücksichtigt.

3.3.3. Mobilität

Der Schienenpersonenverkehr wird insbesondere auch aus Regionalisierungsmitteln des Bundes finanziert. Dazu regelt das Regionalisierungsgesetz die gesamte Höhe der Bundesmittel und deren Verteilung auf die Bundesländer. Eine für das Jahr 2014 gesetzlich verankerte Revision der Höhe der Geldmittel ist auf das Jahr 2015 verschoben worden. Da ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf jedoch nicht verabschiedet wurde, bedurfte es einer Ersatzregelung für die Bemessung und Verteilung der Regionalisierungsmittel für das Jahr 2015. Die Ersatzregelung sieht einen Anstieg der finanziellen Mittel von 1,5 % ausschließlich für das Jahr 2015 vor. Gleichzeitig wurde die Entscheidung darüber, wie der Schienenpersonenverkehr in Zukunft abgesichert werden soll, weiter verschoben.

Der wachsende Kostendruck, die Diskussionen um eine Kürzung der vom Bund und vom Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellten ÖPNV-Mittel sowie die politischen Diskussionen, die auf eine moderatere Preisanpassung der Tarifprodukte des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes in der Zukunft abzielen, lassen erkennen, dass in Zukunft weiterhin Effizienzsteigerung der zentrale Baustein der Ausrichtung des ÖPNV sein wird.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

3.4.1. Energie

Wesentlicher Erfolgsfaktor für den Verkauf von Strom, Gas und Fernwärme ist das Verbrauchsverhalten in Folge der Witterungsverhältnisse, gemessen als Gradtagszahl. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die viel zu warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder. Zum 31. Dezember 2014 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.078 und lag somit 17,2 % unter dem Vorjahresniveau. Der Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 (Grundlage der Planung) zeigte ebenfalls eine Unterschreitung (-14,1 %).

Ebenfalls erfolgsbestimmend für die Absatzentwicklung war der weiter intensive Wettbewerb im Endkundensegment.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der sog. Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht im Wesentlichen der Differenz zwischen dem Strom- und dem Gaspreis. Die Preisentwicklung, insbesondere das Stagnieren des Strompreises auf niedrigem Niveau, verdeutlicht die nach wie vor schwierige Situation für konventionelle Kraftwerke.

3.4.2. Wasser und Entsorgung

Der Erfolg des Geschäftsfeldes wird maßgeblich durch die Verbrauchs- bzw. Aufkommensmengen in den originären bzw. betriebsgeführten Versorgungsgebieten beeinflusst.

Hierbei haben die Bevölkerungsentwicklung und das sparsame Verbrauchsverhalten den größten Einfluss auf die Erlöse aus dem Trinkwasserabsatz. Dieses wirkt sich auch auf das Schmutzwasseraufkommen aus. Sowohl in der Wasserversorgung als auch in der Abwasserentsorgung sind die Absatzleistungen zum Vorjahr und gegenüber der Planerwartung leicht gestiegen.

Der Erfolg im Bereich Entsorgung und Behälterservice ist von der Anzahl der Haushalte bzw. der Anzahl der aufgestellten Müllsammelbehälter, sowie von den Entsorgungsmengen abhängig. Hierbei hat die stoffliche Zusammensetzung der Entsorgungsmengen einen hohen Einfluss auf die Sortierungs- und Verwertungserträge des Geschäftsfeldes.

Die Erfolgsposition in der Gebäudereinigung sowie bei der Straßenreinigung ist von der Anzahl der kontrahierten Reinigungsflächen bzw. Kehrkilometer abhängig.

3.4.3. Mobilität

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren im ÖPNV zählen auf der Erlösseite die Anzahl der Fahrgäste, die von den Fahrgästen präferierten Produkte (Tarife) sowie Witterungsverhältnisse und baustellenbedingte Minder- und Ersatzverkehre.

Das Leistungsangebot des ÖPNV nutzten im Jahr 2014 insgesamt 51,77 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine minimale Reduzierung um 0,37 Mio. Beförderungsfälle dar. Während bei den Produkten der „Jedermann-Tarife“ ein leichter Beförderungsrückgang zu verzeichnen war, stieg die Anzahl im Ausbildungsverkehr leicht an. Diese positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Einführung eines neuen Tarifmodells für die Schülerinnen und Schüler der Stadt Halle (Saale) und die Einführung des Semestervolltickets für die Studenten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zurückzuführen.

Gleichwohl wurde die geplante Fahrgastzahl von 53,05 Mio. Fahrgästen nicht erreicht. Ursachen hierfür waren unter den Erwartungen liegende Fahrgastzahlen in der Kundengruppe Schüler und Studenten sowie eine witterungsbedingt geringere Nachfrage nach Einzel- und Mehrfahrkarten im Bartarif.

Erfolgsbestimmend für den Hafen sind, als ein Unterscheidungsmerkmal bei den wettbewerbsintensiven Güterverkehrs- und Logistikleistungen, die Gewährleistung eines hohen Maßes an Qualität und Zuverlässigkeit in der Leistungserbringung sowie die Akquise und langfristige Bindung von Neukunden.

Im Jahr 2008 haben wir deshalb begonnen, neben den Umschlagleistungen im Terminal auch das Angebot zur Organisation komplexer Transportketten am Markt zu platzieren. Neben der Bindung der Kunden und Zugbetreiber bewirken diese Leistungen deutliche Umsatzsteigerungen (+57,6 % gegenüber dem Vorjahr) in den Sparten Dispositive Leistungen, Containerumschlag und Bahnleistungen.

3.4.4. Services

Wesentliche Erfolgsfaktoren stellen in diesem Bereich die Sicherung langfristiger vertraglicher Leistungen, eine hohe Flexibilität in Bezug auf Kapazitätsanpassungen bei Markt- und Leistungsschwankungen, der Einsatz moderner Technik, die Motivation der Mitarbeiter und der effiziente Materialeinsatz dar.

3.5. Forschung und Entwicklung

3.5.1. Energie

Forschungs- und Entwicklungsthemen wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen werden in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

Ein aktuelles Thema stellt der Ausbau der Elektromobilität dar. Zu diesem Zweck beteiligt sich die EVH am Forschungsprojekt „Grüne Mobilitätskette Mitteldeutschland“, welches mit dem „Tag der Elektromobilität“ am 30. Juni 2014 startete. Ziel ist es, 17 Elektroladesäulen bis Ende März 2015 in Betrieb zu nehmen, wobei unsere Energietochter für die Beschaffung, die Installation und den Betrieb der Ladestationen verantwortlich ist.

Des Weiteren prüfen wir für das Geschäftsfeld Energie die weitere Übernahme bzw. den Bau von Solarparks, um den Anteil an erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung weiter auszubauen.

Das Investitionsportfolio der EVH beinhaltet den Neubau eines großen Fernwärmespeichers. Mit diesem besteht die Möglichkeit, den Wärmebereitstellung von der Erzeugung zu entkoppeln, um Preiseffekte in der Stromvermarktung gezielt nutzen zu können.

3.5.2. Wasser und Entsorgung

Die Umsetzung und Weiterentwicklung neuester Techniken zur Erhöhung der Effizienz der Prozesse findet in unserm Geschäftsfeld jederzeit Anwendung.

Für die Kläranlage Halle Nord wurden Maßnahmen zur Optimierung und Einsparung von Betriebsmitteln und Energie umgesetzt. Hierzu zählt die neue Belüftungsregelung für das Belebtschlammbecken, die ab 2015 eingeführt werden und eine deutliche Stromeinsparung erzielen soll.

Im Bereich Entsorgung wurden die Voraussetzungen geschaffen, um mit Beginn des Jahres 2015 die transponderunterstützte Entsorgung von Abfallbehältern durchzuführen. Hiermit wird eine effektive Abfallentsorgung und bessere Tourenplanung ermöglicht. In Zusammenarbeit mit der Hochschule Merseburg wurden die theoretischen Grundlagen der rechnergestützten Tourenoptimierung sichergestellt. Die Hochschule Merseburg wird auch die praktische Umsetzung begleiten und in Modellrechnung aufbereiten.

Auf mehreren wissenschaftlichen Kolloquien wurden die Möglichkeiten der hydrothermalen Carbonisierung am Standort der HTC-Anlage in Halle-Lochau aufgezeigt.

Im Rahmen des Projektes „Grüne Mobilitätskette Mitteldeutschland“ übernimmt die HWS die Koordination für die Anschaffung und den Einsatz der E-Fahrzeuge, die im Jahr 2015 angeschafft werden.

3.5.3. Mobilität

Im Rahmen des Forschungsprojektes „Grüne Mobilitätskette Mitteldeutschland“ übernahm die HAVAG die Federführung zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle in Bezug auf die Elektromobilität.

Mitte des Jahres 2014 erhielt die HAVAG den Zuschlag vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt für das Projekt „Barrierefreie Auskunft“. Ziel des Projektes ist es, im Zusammenhang mit der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes das Zwei-Sinne-Prinzip umzusetzen. So sollen zukünftig in Straßenbahnen und Omnibussen bei Einfahrt in den Haltestellenbereich die Linie und das Ziel der Linie, insbesondere für Blinde und sehschwache Fahrgäste, ansagt werden. Des Weiteren sollen die optischen Fahrgastinformationen vorgelesen werden.

Als Forschungsansatz gilt es dabei, das Auslösekriterium für die Ansagen zu definieren und eine praktikable Lösung für den Regelbetrieb zu finden. Verbunden sind das Projekt und der Zuschlag für die Gesellschaft mit einer 90 %-igen Förderung des Vorhabens. Nach Abschluss des Projektes Mitte 2015 und der nachgelagerten Pilotphase sollen die Erkenntnisse im Land Sachsen-Anhalt als Standard definiert werden.

4. Lage des Konzerns

4.1. Ertragslage

4.1.1. Ertragslage des Konzerns

Wir konnten das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 5,9 Mio. EUR abschließen. Während der Abschluss des Jahres 2013 stark geprägt war durch Wertberichtigungen in Folge der unzureichenden Margenentwicklung in der Energieerzeugung, konnte nunmehr ein Ergebniswachstum von 14,5 Mio. EUR realisiert werden.

Erfolgsrechnung Konzern (Kurzfassung)	2013 Mio. €	2014 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Umsatzerlöse	548,9	542,1	-6,8	-1,2
Übrige betriebliche Erträge ¹	60,6	72,3	11,7	19,3
Materialaufwand	319,5	312,8	-6,7	-2,1
Personalaufwand	121,3	127,0	5,7	4,7
Übrige betriebliche Aufwendungen ²	81,6	78,2	-3,4	-4,2
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	1,8	2,0	0,2	11,1
EBITDA³	88,9	98,2	9,3	10,5
Abschreibungen	73,1	66,9	-6,2	-8,5
EBIT⁴	15,8	31,3	15,5	98,1
Zinsergebnis	-16,9	-15,9	1,0	-5,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1,1	15,4	16,5	>100,0
a. o. Ergebnis	-4,5	-5,0	-0,5	11,1
Ertragssteuern	1,0	2,8	1,8	180,0
Sonstige Steuern	2,0	1,7	-0,3	-15,0
Jahresergebnis	-8,6	5,9	14,5	>100,0

1 inkl. aktivierte Eigenleistungen

2 inkl. Bestandsveränderungen

3 Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortisation (Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

4 Earnings Before Interest and Taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

Für das Geschäftsjahr 2014 hatten wir in unseren Planungen einen Konzernjahresüberschuss nach Ertragssteuern von +4,5 Mio. EUR erwartet. Die Verbesserung zum Plan wurde in den Geschäftsfeldern Energie und Wasser und Entsorgung erreicht.

Die Umsatzerlöse verringerten sich im Vorjahresvergleich um -6,8 Mio. EUR. Der Rückgang von -1,2 % war wesentlich auf das Geschäftsfeld Energie zurückzuführen.

Umsatzleistungen (konsolidiert)	2013	2014	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Energie	361,2	351,3	-9,9	-2,7
Stromversorgung*	204,7	210,1	5,4	2,6
Erdgasversorgung*	79,8	69,8	-10,0	-12,5
Fernwärmeversorgung*	62,9	53,7	-9,2	-14,6
Sonstige	13,8	17,7	3,9	28,3
Wasser & Entsorgung	124,8	125,9	1,1	0,9
Abwasserentsorgung	44,7	44,3	-0,4	-0,9
Wasserversorgung	32,7	32,7	0,0	0,0
Abfallentsorgung	24,9	22,9	-2,0	-8,0
Reinigungsdienstleistungen	11,1	11,4	0,3	2,7
Sonstige	11,4	14,6	3,2	28,1
Mobilität & Logistik	43,3	44,8	1,5	3,5
Öffentlicher Personennahverkehr	39,1	38,7	-0,4	-1,0
Hafen-Leistungen	1,2	1,4	0,2	16,7
Sonstige	3,0	4,7	1,7	56,7
Services	19,6	20,1	0,5	2,6
Freizeit (Bäder)	5,7	5,9	0,2	3,5
DV/IT-Dienstleistungen	9,8	9,8	0,0	0,0
Sonstige	4,1	4,4	0,3	7,3
Gesamt	548,9	542,1	-6,8	-1,2

* Inkl. Netznutzung

Hierbei verringerten sich die Umsatzerlöse des Geschäftsfeldes Energie um -9,9 Mio. EUR oder -2,7 % gegenüber dem Vorjahr 2013. Maßgeblich hierfür waren geringere Fernwärme- (-14,6 %) und Gasumsätze (-12,5 %) in Folge der sehr milden Witterung in den Wintermonaten des ersten bzw. letzten Quartals. Umsatzzuwächse gegenüber Dritten verzeichneten die Geschäftsfelder Wasser und Entsorgung (+0,9%), Mobilität (+3,5 %) und Services (+2,6 %).

Die übrigen betrieblichen Erträge stiegen um 11,7 Mio. EUR (+19,3 %) auf 72,3 Mio. EUR. Der Anstieg war hauptsächlich Folge höherer Zuschüsse seitens der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) zur Finanzierung des ÖPNV.

Mit einem Rückgang der Materialaufwendungen in Höhe von -6,7 Mio. EUR konnte der Umsatzrückgang nahezu vollständig im variablen Bereich kompensiert werden. Die Rohmarge des Konzerns blieb deshalb im Vorjahresvergleich nahezu konstant (229,3 Mio. EUR im Jahr 2014 gegenüber 229,4 Mio. EUR im Vorjahr).

Der Personalaufwand der Konzernunternehmen erreichte einen Betrag von 127,0 Mio. EUR. Dieses bedeutete zum Vorjahr einen Anstieg von 4,7% - wesentlich für den Zuwachs waren Tarifierhöhungen.

Einen Rückgang von 4,2 % verzeichneten die übrigen betrieblichen Aufwendungen. Diese lagen mit 78,2 Mio. EUR um 3,4 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Hierzu trugen die Geschäftsfelder Energie (-1,7 Mio. EUR), Mobilität (-1,5 Mio. EUR) und Services (-0,4 Mio. EUR) bei.

Erträge aus Beteiligungen und Zinserträge aus Ausleihungen veränderten sich um 0,2 Mio. EUR zum Vorjahreswert. Hintergrund waren die erstmaligen Gewinnausschüttungen der Beteiligungen an der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) und der RES Recycling und Entsorgungsservice Sangerhausen GmbH.

Vor dem Hintergrund der vorgenannten Veränderungen in der Erfolgsrechnung des Konzerns konnte das EBITDA im Geschäftsjahr 2014 um 9,3 Mio. EUR auf 98,2 Mio. EUR ansteigen. Dieses entspricht einem Zuwachs von 10,5 %.

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr beliefen sich auf 66,9 Mio. EUR. Der Rückgang der Abschreibungen betrug im Vorjahresvergleich -6,2 Mio. EUR. Der um 8,4 % geringere Aufwand war insbesondere auf Wertberichtigungen der Kraftwerke im Vorjahr zurückzuführen.

Das Zinsergebnis verbesserte sich um 1 Mio. EUR auf -15,9 Mio. EUR. Die Verbesserung zum Vorjahr von 5,9 % erfolgte durch höhere Zinserträge (+0,1 Mio. EUR) und geringeren Zinsaufwendungen (-0,9 Mio. EUR).

Der Anstieg des EBITDA führte zusammen mit den geringeren Abschreibungen und dem gestiegenen Zinsergebnis zu einem Zuwachs im Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit um 16,5 Mio. EUR.

Hauptsächlich durch weitere Risikovorsorge in den Geschäftsfeldern Energie sowie Wasser und Entsorgung entstanden außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 6,1 Mio. EUR. Das außerordentliche Ergebnis verringerte sich im Vorjahresvergleich von -4,5 Mio. EUR auf -5,0 Mio. EUR.

In dem Anstieg der Ertragsteuern (+1,8 Mio. EUR) kommen die Berücksichtigung steuerlicher Risiken aus der finanzamtlichen Außenprüfung für die Steuerjahre 2007 bis 2010 des steuerlichen Organkreises der SWH sowie der Ausweis passiver latenter Steuern zum Ausdruck.

4.1.2. Geschäftsfeld Energie

Erfolgsrechnung Geschäftsfeld Energie	2013	2014	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
Umsatzerlöse	361,2	351,3	-9,9	-2,7
Übrige betriebliche Erträge ¹	11,4	15,4	4,0	35,1
Materialaufwand	257,5	250,3	-7,2	-2,8
Personalaufwand	34,5	36,1	1,6	4,6
Übrige betriebliche Aufwendungen ²	36,3	34,6	-1,7	-4,7
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	-0,3	0,1	0,4	>100,0
EBITDA	44,0	45,8	1,8	4,1
Abschreibungen	27,8	23,4	-4,4	-15,8
EBIT	16,3	22,4	6,1	37,4

1 inkl. aktivierte Eigenleistungen

2 inkl. Bestandsveränderungen

Den Umsatzerlösen des Geschäftsfeldes lagen nachfolgende Absatzzahlen zugrunde:

Absatzleistungen	Einheit	2013	2014	Veränderung	
				Abs.	in %
Stromversorgung	GWh	1.358,4	1.820,0	461,6	34,0
Erdgasversorgung	GWh	1.600,8	1.077,8	-523,0	-32,7
Fernwärmeversorgung	GWh	843,4	590,1	-253,3	-30,0

Im Geschäftsjahr wurde das Stromportfolio der nicht konsolidierten Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH von der EVH vermarktet, dieses war Hintergrund des deutlichen Zuwachses beim Stromabsatz in Höhe von 461,6 GWh (+34,0%).

Der Wärmeabsatz verringerte sich witterungsbedingt um 253,3 GWh bzw. 30,0 % auf 590,1 GWh. Ebenfalls der milden Witterung geschuldet verringerte sich auch der Gasabsatz deutlich um 32,7 % auf 1077,8 GWh.

Der Materialaufwand des Geschäftsfeldes betrug 250,3 Mio. EUR. Der Rückgang der Materialaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr betrug -7,2 Mio. EUR. Dieser Rückgang fällt geringer aus als der des Umsatzes, was insbesondere auf den finanziellen Ausgleich für den EEG-Strom zurückzuführen war.

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr 36,1 Mio. EUR. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 1,6 Mio. EUR ist weit überwiegend tarifärer Natur.

Das EBITDA im Geschäftsfeld Energie stieg um 1,8 Mio. EUR mit einer Rate von 4,1 %. In Folge der geringeren Abschreibungen zum Vorjahr (-4,4 Mio. EUR oder 15,8 %) erhöhte sich das EBIT um 6,1 Mio. EUR auf 22,4 Mio. EUR. Die geringeren Abschreibungen sind Folge geringerer Investitionen und Wertberichtigungen bei den Energieerzeugungsanlagen des Vorjahres.

4.1.3. Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

Die Umsatzerlöse wiesen im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von 1,2 Mio. EUR (+1 %) aus.

Erfolgsrechnung Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung	2013	2014	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
Umsatzerlöse	124,7	125,9	1,2	1,0
Übrige betriebliche Erträge ¹	8,5	11,3	2,8	32,9
Materialaufwand	27,8	29,2	1,4	5,0
Personalaufwand	31,6	32,3	0,7	2,2
Übrige betriebliche Aufwendungen ²	24,5	25,3	0,8	3,3
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	1,6	1,3	-0,3	-18,8
EBITDA	50,9	51,7	0,8	1,6
Abschreibungen	20,3	19,3	-1,0	-4,9
EBIT	30,6	32,4	1,8	5,9

1 inkl. aktivierte Eigenleistungen

2 inkl. Bestandsveränderungen

Hierbei basiert der Umsatz auf die nachfolgend dargestellten Absatzkennzahlen.

Absatzleistungen	Einheit	2013	2014	Veränderung	
				Abs.	in %
Abwasserentsorgung	Mio. m ³	9,5	9,5	0,0	0,0
Wasserversorgung	Mio. m ³	16,5	16,5	0,0	0,0
Rest-, Bio- und Sperrmüll	t	72.845,6	71.056,0	-1.789,6	-2,5
Bauabfälle	t	34.045,3	33.217,0	-828,3	-2,4
LVP-Fraktionen	t	6.868,1	6.968,0	99,9	1,5
PPK-Fraktionen	t	15.475,1	15.642,0	166,9	1,1
Gebäudereinigung	Objekte	273,0	255,0	-18,0	-6,6
Kehrkilometer	km	52.743,8	59.100,0	6.356,2	12,1

Bei gleichbleibenden Wasser- und Abwassermengen der HWS im Vorjahresvergleich führten höhere Abfalltonnagen und gestiegene Kehrleistungen des Geschäftsfeldes zu dem leichten Anstieg der Geschäftsfeld-Umsätze.

Die übrigen betrieblichen Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mio. EUR (+32,9 %) vor allem aufgrund höherer Auflösungen von Rückstellungen und in Folge einer Zuschreibung der Wertpapiere des Umlaufvermögens der AWH, die der Finanzierung der Rekultivierungsarbeiten dienen.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2013 um 1,4 Mio. EUR (+5,0 %). Dieses war auf gestiegene Aufwendungen im Zusammenhang mit höheren Absatzleistungen und auf höhere Reparaturleistungen zurückzuführen.

Der Anstieg des Personalaufwandes um 0,7 Mio. EUR auf 32,3 Mio. EUR (+2,2 %) resultierte insbesondere aus tariflichen Lohnsteigerungen.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 0,8 Mio. EUR (+3,3 %) auf 25,3 Mio. EUR hauptsächlich durch die Bildung einer Rückstellung für Prozesskosten.

Das Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. EUR (-18,8%) auf 1,3 Mio. EUR. Hintergrund waren im Vorjahresvergleich geringere Zinserträge der AWH aus ihren Wertpapierdepots in Folge der niedrigen Zinslandschaft.

Die vorgenannten Entwicklungen führten zu einem Anstieg des EBITDA um 0,8 Mio. EUR (+1,6%) auf 51,7 Mio. EUR. Bei geringeren Abschreibungen zum Vorjahr (-1,0 Mio. EUR), erzielte das Geschäftsfeld ein EBIT von 32,4 Mio. EUR, welches um 5,9 % über dem EBIT des Vorjahres liegt.

4.1.4. Geschäftsfeld Mobilität

Im Geschäftsfeld Mobilität ist eine Steigerung der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. EUR zu verzeichnen.

Erfolgsrechnung Geschäftsfeld Mobilität	2013	2014	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
Umsatzerlöse	43,2	44,8	1,6	3,7
Übrige betriebliche Erträge ¹	34,3	29,4	-4,9	-14,3
Materialaufwand	23,7	21,9	-1,8	-7,6
Personalaufwand	30,8	32,1	1,3	4,2
Übrige betriebliche Aufwendungen	11,2	9,7	-1,5	-13,4
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,2	0,4	0,2	100,0
EBITDA	12,1	10,9	-1,2	-9,9
Abschreibungen	22,7	22,1	-0,6	-2,6
EBIT	-10,6	-11,2	-0,6	5,7

¹ inkl. aktivierte Eigenleistungen

Insbesondere hat die deutlich gefestigte und ausgebauten Wahrnehmung des Hafens Halle als zuverlässiger Geschäftspartner im Markt des Kombinierten Verkehrs zu deutlichen Umsatzzuwächsen (+1,6 Mio. EUR) insbesondere in den Kernsparten des Hafens Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen geführt. Hierbei wurden folgende Absatzleistungen erzielt:

Absatzleistungen	Einheit	2013	2014	Veränderung	
				Abs.	in %
Beförderte Personen	tausend	52.145	51.774	-371	-0,7
Personen-km	Mio.	327	328	1	0,3
Containerumschläge	Anzahl	38.833	37.600	-1.233	-3,2

Die Reduzierung der Übrigen betrieblichen Erträge um 4,9 Mio. EUR betrifft im Wesentlichen verminderte Erträge aus Weiterberechnungen im Zuge des Stadtbahnprogrammes, reduzierte Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen, Erträge aus Schadenersatzleistungen, Material- / Altstoffverkäufen und Vermietung und Verpachtung sowie verminderte Zuschüsse für Investitionen in der Sparte ÖPNV.

Der Materialaufwand ist gegenüber 2013 um 1,8 Mio. EUR gesunken. Während im Hafen Halle aufgrund der erhöhten Betriebsleistung ein Anstieg der Materialaufwendungen um 1,3 Mio. EUR zu verzeichnen war, reduzierten sich im ÖPNV-Bereich die Aufwendungen für bezogene Leistungen und Handelsware im Zusammenhang mit dem Erwerb der Geschäftsanteile der Vetter GmbH an der Saalebus GmbH und der Überleitung des Fahrpersonals zur HAVAG um 3,1 Mio. EUR. Vor diesem Hintergrund war auch die Steigerung des Personalaufwandes um 1,3 Mio. EUR zu begründen.

Die zeitlichen Verzögerungen von geplanten Maßnahmen des Stadtbahnprogrammes und die damit verbundenen geringeren Weiterberechnungen von Aufwendungen sowie verminderte Aufwendungen für Mieten / Pachten / Leasing in der Sparte ÖPNV waren die Hauptursachen für die Reduzierung der Übrigen betrieblichen Aufwendungen um 1,5 Mio. EUR.

Im Ergebnis der vorgenannten Entwicklungen schloss das Geschäftsfeld Mobilität im Jahr 2014 mit einem EBITDA von 10,9 Mio. EUR (Vorjahr: 12,1 Mio. EUR) ab.

4.1.5. Geschäftsfeld Services

Erfolgsrechnung Geschäftsfeld Services	2013	2014	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
Umsatzerlöse	19,7	20,1	0,4	2,0
Übrige betriebliche Erträge ¹	5,2	5,2	0,0	0,0
Materialaufwand	10,4	11,5	1,1	10,6
Personalaufwand	18,2	19,8	1,6	8,8
Übrige betriebliche Aufwendungen ²	3,4	3,0	-0,4	-11,8
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,0	-0,1	-0,1	>100,0
EBITDA	-7,1	-9,1	-2,0	28,2
Abschreibungen	2,2	1,9	-0,3	-13,6
EBIT	-9,3	-11,0	-1,7	18,3

¹ inkl. aktivierte Eigenleistungen

² inkl. Bestandsveränderungen

Das Leistungsspektrum unseres Service-Geschäftsfeldes zeigt sich nahezu unverändert. Die geringeren Umsatzzuwächse wurden beim Maya mare erzielt. Der leichte Anstieg der Materialaufwendungen erfolgte im IT-Bereich. Die höheren Personalaufwendungen haben tarifliche Hintergründe.

Das EBITDA des Geschäftsfeldes hat sich aufwandsbedingt um 2,0 Mio. EUR verringert. Das negative EBITDA ist hauptsächlich dadurch begründet, dass der Servicebereich seine Leistungen im Wesentlichen für Konzernschwestern erbringt und diese Umsatzerlöse bei der Erstellung des Konzernabschlusses konsolidiert werden.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Finanzmanagement

Für die Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten der verbundenen Unternehmen gelten konzerneinheitliche Rahmenbedingungen, die in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt sind. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen.

Zur Deckung des Finanzbedarfes kommen bei der Außenfinanzierung Bankdarlehen, Schuldscheindarlehen oder Namensschuldverschreibungen sowie kurzfristige Kreditlinien zum Einsatz. Zulässige Instrumente der Geldanlage sind grundsätzlich Termingelder, Schuldscheindarlehen und Unternehmensanleihen sowie Kapital und Geldmarktfonds.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei einlagengesicherten Banken getätigt.

4.2.2. Kapitalstruktur

Das Geschäftsjahr 2014 führte zu einer Zunahme des bilanziellen Eigenkapitals von 5,8 Mio. EUR. Der Zuwachs von 2,2 % resultiert aus dem Bilanzgewinn (abzgl. der Veränderung der Anteile anderer Gesellschafter). Der Eigenkapitalausweis von 267,2 Mio. EUR entspricht einer Eigenkapitalquote (des bilanziellen Eigenkapitals) von 22,3 %. Die Quote stieg somit um 0,9 %punkte (oder 4,2 %). Unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse und für Abnehmerbeiträge stieg die Eigenkapitalquote von 45,0 % um 1,5 %-punkte auf 46,5 %. Dieses entspricht einer Zunahme von 3,3 %.

Entwicklung des Eigenkapitals	2013	2014	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	21,4	22,3	0,9	4,2
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	45,0	46,5	1,5	3,3

Zum Stichtag betrugen die Finanzverbindlichkeiten 409,2 Mio. EUR. Dieses bedeutete bei einer Neuverschuldung von 48,6 Mio. EUR und Tilgungsleistungen in Höhe von 62,3 Mio. EUR eine Verringerung der Finanzverbindlichkeiten von 13,4 Mio. EUR oder 3,2 %.

Nettoschulden	2013	2014	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	422,6	409,2	-13,4	-3,2
Liquide Mittel	62,7	63,9	1,2	1,9
Nettoschulden	359,9	345,3	-14,6	-4,1
EBITDA	88,9	98,2	9,4	10,5
Nettoschulden/EBITDA	4,0	3,5		-13,0

Bei einer Zunahme liquider Mittel um 1,2 Mio. EUR konnte die Nettoverschuldung um 14,6 Mio. EUR auf 345,3 Mio. EUR zurückgeführt werden. Die Abnahme beträgt 4,1 %. Mit dem Anstieg des EBITDA (+9,4 Mio. EUR) konnte der Verschuldungsfaktor mit einer Absenkung von -13 % auf einen Wert von 3,5 verbessert werden.

Die Finanzverbindlichkeiten setzen sich aus Bankdarlehen in Höhe von 340,1 Mio. EUR, Schutdscheindarlehen mit einem Wert von 43,6 Mio. EUR und Namensschuldverschreibungen in Höhe von 25,5 Mio. EUR zusammen. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzverbindlichkeiten beläuft sich auf 11 Jahre bei einer durchschnittlichen gewichteten Verzinsung von 3,4 %.

4.2.3. Investitionen

Mit einem Umfang von 60,9 Mio. EUR lagen die Investitionen geringfügig unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres.

Investitionen	2013	2014	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Energie	19,8	14,7	-5,1	-25,8
Wasser und Entsorgung	21,2	26,2	5,0	23,6
Mobilität	16,4	14,0	-2,4	-14,6
Services	3,2	5,6	2,4	75,0
Zentrale	1,2	0,4	-0,8	-66,7
Summe	61,8	60,9	-0,9	-1,5

Schwerpunkte der Investitionen unseres Energie-Geschäftsfeldes waren Ersatzinvestitionen im Fernwärmenetz, der Ersatz von Stationen und Transformatorketten sowie bei Mittelspannungs- und Niederspannungskabeln. Darüber hinaus wurde eine Beteiligung an der Trianel Onshore-Windkraftwerke GmbH & Co. KG erworben.

Die Investitionen im Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung beinhalten Baukostenzuschüsse, Fördermittel und unentgeltliche Übernahmen von Anlagevermögen von zusammen 11,5 Mio. EUR. Schwerpunkte der darüber hinausgehenden Investitionen waren das Wasser- und Abwassernetz im Versorgungsgebiet.

Investitionen des Geschäftsfeldes Mobilität galten der Erneuerung von Gleisanlagen, Funktechnik sowie der Anschaffung von Linienbussen.

Das Investitionsgeschehen im Geschäftsfeld Services war weitgehend durch die Fertigstellung der verpachteten Ballsporthalle geprägt.

4.2.4. Liquidität

Mit einem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von 34,9 Mio. EUR konnte der Cashoutflow für die Investitionen der Gruppe zu rd. 87 % aus dem operativen Geschäft gedeckt werden.

Liquiditätsentwicklung	2013	2014
	Mio. €	Mio. €
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	32,0	33,2
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-50,0	-40,5
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	33,7	8,5
Zahlungswirksame Veränderungen	15,7	1,2
Konsolidierungsbedingte Veränderung des Finanzmittelfonds	-0,1	0,0
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	47,1	62,7
Finanzmittelfonds zum 31.12. d. J.	62,7	63,9

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit umfasste Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagevermögen in Höhe von 45,8 Mio. EUR sowie Zuflüsse aus dem Abgang von Sachanlagen und Wertpapieren des Anlagevermögens von zusammen 6,9 Mio. EUR.

Der im Vorjahresvergleich deutlich gesunkene Cashflow aus der Finanzierungstätigkeiten war wesentlich auf die Tilgungsleistungen (-62,3 Mio. EUR) zurückzuführen. Dem standen Zuflüsse aus Zuschüssen und Kapitaleinlagen (städtischer Anteil an der Finanzierung des ÖPNV) sowie aus Kreditaufnahmen gegenüber.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gruppe verringerte sich im Geschäftsjahr um 22,9 Mio. EUR.

Konzernbilanz (Kurzfassung)	2013	2014	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Anlagevermögen	996,7	985,2	-11,5	-1,2
Immaterielle Vermögenswerte	4,0	4,4	0,4	10,0
Sachanlagen	975,3	963,6	-11,7	-1,2
Finanzanlagen	17,4	17,2	-0,2	-1,1
Umlaufvermögen	218,2	207,2	-11,0	-5,0
Vorräte	6,9	6,6	-0,3	-4,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	88,8	76,5	-12,3	-13,9
Wertpapiere und liquide Mittel	122,4	124,1	1,7	1,4
Rechnungsabgrenzungsposten¹	4,2	3,9	-0,3	-7,4
Bilanzsumme Aktiva	1.219,1	1.196,2	-22,9	-1,9
Eigenkapital	261,5	267,2	5,8	2,2
Sonderposten	287,1	289,0	1,9	0,7
Rückstellungen	169,7	158,6	-11,1	-6,5
Verbindlichkeiten	485,4	467,2	-18,2	-3,9
Rechnungsabgrenzungsposten	15,4	13,8	-1,6	-10,4
Passive latente Steuern	0,0	0,4	0,4	>100,0
Bilanzsumme Passiva	1.219,1	1.196,2	-22,9	-1,9

¹ inkl. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Auf Seiten der **Aktiva** nahm das Sachanlagevermögen in Folge der über den Investitionen liegenden Abschreibungen geringfügig um 1,2 % (-11,5 Mio. EUR) ab. Das Umlaufvermögen verringerte sich um 5,0 % im Vorjahresvergleich. Wesentlich hierfür war der Abbau von Forderungen, insbesondere der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, um insgesamt 13,9 %.

Anteil an Bilanzsumme	2013	2014	Veränderung
	in %	in %	in %
Anlagevermögen	81,8	82,4	0,7%
Umlaufvermögen	17,9	17,3	-3,3%

Mit einem Anteil an der Bilanzsumme von 82,4 % stieg die Vermögensquote des Anlagevermögens um 0,7 %, während das Umlaufvermögen aus den vorgenannten Gründen um 3,3 % abnahm.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse) konnte um 7,7 Mio. EUR (+1,4 %) zulegen. Hierbei stieg das Eigenkapital im engeren Sinne in Höhe des Bilanzgewinns um 5,8 Mio. EUR an (+2,2 %), während die Sonderposten um 1,9 Mio. EUR (+0,7 %) anstiegen.

Die Rückstellungen verringerten sich in Folge ihrer Inanspruchnahmen um 11,1 Mio. EUR (-6,5%). Der Rückgang der Verbindlichkeiten wurde durch die Nettoentschuldung bei den Finanzverbindlichkeiten in Höhe von 13,4 Mio. EUR und durch die Rückführung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen herbeigeführt (-3,9 Mio. EUR).

	2013	2014	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Anlagevermögen	996,7	985,2	-11,5	-1,2
wirtschaftliches Eigenkapital	548,6	556,3	7,7	1,4
Deckungsgrad	55,0 %	56,5 %		2,6

Durch die leichte Abnahme des Anlagevermögens und dem Zuwachs des wirtschaftlichen Eigenkapitals erhöhte sich der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch wirtschaftliches Eigenkapital von 55,0 % im Vorjahr auf 56,5 % im Jahr 2014. Der Anstieg von 1,5 %punkten entspricht einer Steigerung von 2,6 %.

4.4. Gesamtaussage zur Lage

Wir konnten im Geschäftsjahr 2014 trotz weiterhin herausfordernder Marktbedingungen und witterungsbedingter Umsatzeinbußen ein deutliches Ergebnisplus von 14,5 Mio. EUR erreichen.

Die Ergebnisverbesserung ist zum einen auf die höhere Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung des ÖPNV zurückzuführen (Übrige betriebliche Erträge). Zum anderen Teil aber führten die warmen Witterungsverhältnisse im Energiebereich zu Umsatzeinbußen bei Gas (-12,5 %) und Fernwärme (-14,6 %) von zusammen 19,2 Mio. EUR, die jedoch durch Anpassungen im variablen Aufwand und durch Umsatzzuwächse in anderen Produktgruppen nahezu vollständig kompensiert werden konnten. Der Abnahme der übrigen betrieblichen Aufwendungen stand ein weitgehend tarifärer Anstieg im Personalaufwand gegenüber.

In Folge dessen konnte das wirtschaftliche Eigenkapital zulegen (+7,7 Mio. EUR). Die Quote des wirtschaftlichen Eigenkapitals stieg von 45,0 % im Vorjahr auf 46,5 % im Geschäftsjahr 2014 und deckt 56,5 % des Anlagevermögens (+2,6 %). Zugleich wurden die Finanzverbindlichkeiten - bei einem leicht steigenden Finanzmittelfonds - um weitere 13,4 Mio. EUR zurückgeführt.

Mit der Entwicklung unserer Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind wir durchaus zufrieden und sehen in der im Geschäftsjahr unter Beweis gestellten flexiblen Anpassungsfähigkeit eine gute Basis für die erfolgreiche Weiterentwicklung der Gruppe in volatilen Märkten.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag ist ein Kaufvertrag über den Erwerb des durch die Konzernunternehmen genutzten Verwaltungsgebäudes zum 30.12.2015 wirksam geworden. Das Gebäude wird durch die Konzernmutter erworben. Aus diesem Geschäft sind finanzielle Verpflichtungen in Höhe von ca. 22 Mio. € entstanden.

6. Chancen-und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird jeweils als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem sind die geschäftsleitende Holding und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Service einbezogen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde eine Prüfung der Funktionsfähigkeit des eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG nach dem Standard-IDW PS 340 durch einen Wirtschaftsprüfer durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

6.1.1. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

6.1.2. Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst. Anschließend werden die prozentualen Eintrittswahrscheinlichkeiten und die finanziellen Schadenshöhen der jeweiligen Risiken als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich. Zu den ermittelten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung und Überwachung sowie zur Risikobegegnung entwickelt und dokumentiert.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unternehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwert liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken und werden in „Gruppe 1“ und „Gruppe 2“ in eine Rangordnung gebracht. Gruppe-1-Risiken weisen die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe zwei-Risiken geringere Kombinationen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Monatsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

6.2.1. Geschäftsfeld Energie

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Wir tätigten Festpreisein- und -verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Stromhandel wirken wir mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. So legen wir jährlich neue Limite fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner. Die Beschaffungsstrategie für den Kommunalgasbezug wurde beibehalten. Es erfolgte eine Streuung der Preis- und Mengenrisiken durch die Aufteilung der Gesamtbeschaffung auf mehrere Lieferanten. Risiken bestehen hier in Mindestabnahmeverpflichtungen für Kommunal- und Kraftwerksgas z. B. bei milder Witterung.

Die geltenden Limite für Energiebeschaffung und Vermarktung wurden im Berichtszeitraum beachtet. Kurzfristige Limitüberschreitungen wurden durch entsprechende Gegenmaßnahmen aufgehoben.

Aufgrund der negativen Entwicklung der Strompreise in Folge der Energiewende ist eine wirtschaftliche Stromproduktion in GuD-Anlagen nur bedingt gegeben. Infolgedessen reduzierte sich der Ertragswert der GuD-Anlage Dieselstraße nachhaltig. Bei anhaltender Verschlechterung der Marktbedingungen sind für die Zukunft weitere Wertkorrekturen nicht auszuschließen.

Für das Geschäftsjahr 2015 besteht das Risiko einer verminderten Vergütung aus dem Leistungsentgelt der vermiedenen Netznutzung. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird aufgrund der geplanten Fahrweise und somit der geplanten Abrechnung nach dem Spitzenlastverfahren als gering eingeschätzt.

Mit Urteil vom 21. März 2013 hat der EuGH festgestellt, dass Preisänderungsklauseln in Normsonderkundenverträgen dann nicht mit europäischem Recht vereinbar sind, wenn die Preisänderungsregelungen der Verordnung übernommen wurden. Für Normsonderkundenverträge im Gasbereich hat der BGH die Unwirksamkeit entsprechender Preisänderungsklauseln festgestellt. Die EVH hat im Gasendkundengeschäft derartige Preisänderungsklauseln nicht genutzt. Darüber hinaus hält der EuGH die in den Grundversorgungsverordnungen enthaltenen Regelungen zu Preisänderungen für nicht mit den europäischen Vorgaben vereinbar (Urteil vom 23. Oktober 2014). Insbesondere seien die Anforderungen an die erforderliche Transparenz nicht gewährleistet.

Durch die Verlegung von Wasserversorgungsleitungen in Gebäuden sind 1996 lt. OLG-Urteil Rostock vom 16. Dezember 2011 zu Gunsten eines Energieversorgungsunternehmens (EVU) beschränkte persönliche Dienstbarkeiten nach § 9 Abs. 1 GBBERG entstanden, da die Regelung in § 8 AVBFernwärmeV ausdrücklich Grundstücke und Gebäude in die Duldungspflicht des Grundstückseigentümers einbezieht, jedoch abweichend davon in § 8 AVBWasserV das Gebäude nicht ausdrücklich erwähnt wird. Im Namen von Bau- und Wohnungsgenossenschaften in Halle hat ein Dienstleister sich auf dieses Urteil des OLG Rostock berufend behauptet, derartige Dienstbarkeiten wären wegen der wortgleichen Regelungen in NAV (ABBElt) und NDAV (AVBGasV) auch für Elektrizitäts- und Gasversorgungsanlagen in Gebäuden

entstanden. Die EVH besitzt eine andere Rechtsauffassung und hat die Auffassung des Dienstleisters zurückgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2013 hat sich die EVH eine neue Geschäftsfeldstruktur gegeben. Mit der neuen Struktur wurden die wesentlichen internen und marktseitigen Anforderungen berücksichtigt, die zur Stabilisierung und absehbaren Steigerung der Ertragskraft des Geschäftsfeldes beitragen werden.

Mit dem neuen Zuschnitt des integrierten Portfoliomanagement/Beschaffung werden sämtliche Aktivitäten zur Bewirtschaftung, Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und CO₂ zentral gebündelt und koordiniert. Hierdurch werden eine Optimierung der Beschaffung und eine Minimierung von Marktpreisrisiken in einem volatilen Marktumfeld sichergestellt.

Die Strategieentwicklung der EVH führte auch zu einer neuen vertriebsseitigen Ausrichtung und Aufnahme bzw. Stärkung der Geschäftsbereiche regenerative Erzeugung und kundennahe Energiedienstleistungen.

Wir sind überzeugt, dass sich die Geschäftsfeldführungsgesellschaft EVH mit der neuen geschäftsfeldorientierten Struktur im Energiemarkt erfolgreich behaupten kann. Die neuen bzw. fortgeschriebenen Strategien für die Kern-Handlungsfelder Energievertrieb, kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, regenerative Erzeugung, zentrale Erzeugung und Netzgeschäft, bieten aus unserer Sicht valide Chancen für eine mittelfristig steigende Ertragskraft.

6.2.2. Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

Anhaltende Marktveränderungen führen auch im Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung weiterhin zur Entstehung von Chancen und Risiken unterschiedlichster Art.

Für vorhandene Risiken sowohl im rechtlichen Bereich als auch für vorhandene Aufwendungen im technischen Bereich wurden entsprechende Vorkehrungen in der Planung und in den Jahresabschlüssen gebildet.

Nach der Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung Trinkwasser durch den WAZV wurden die Entgelthöhen für die Belieferung mit Trinkwasser und für die erforderliche Netzdurchleitung seitens der HWS durch den WAZV in Frage gestellt. Unbeschadet einer hiervon abweichenden Rechtsauffassung unsererseits können Prozesskosten und abweichende Entgelte nicht ausgeschlossen werden.

Im Jahr 2016 wird der Gebäudereinigungsvertrag mit unserer Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) auslaufen. Wir gehen davon aus, den Vertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren zu verlängern. Ebenso erwarten wir den erfolgreichen Abschluss des Oberflächenentwässerungsvertrages mit der Stadt Halle (Saale).

Wir gehen davon aus, die im Jahr 2014 geführten Gespräche mit dem Abschluss einer Zweckvereinbarung mit dem AZV Elster-Kabelsketal und der Stadt Halle (Saale) mit vollständiger Übertragung der Aufgabe der Abwasserentsorgung und des Anlagevermögens auf die HWS abzuschließen.

Zur Abdeckung der Deponie Halle-Lochau wird im Zeitraum 2015 bis 2021 eine Menge von 2,7 Mio. Tonnen Boden benötigt. Die Entwicklung der Preise für das Bodenmaterial und die damit verbundenen Risiken und Chancen steht unter ständiger Beobachtung seitens der AWH.

Die Geschäftsfeldführungsgesellschaft HWS konnte im abgelaufenen Jahr die Projekte des Strategieprogrammes „HWS 2020“ weiterhin erfolgreich umsetzen und so ihren Beitrag zur Ergebnisverbesserung unserer Gruppe leisten. Die weiteren Projekte der Geschäftsfeld-Gesellschaften im Zuge des Programms „Exzellenz plus 20“ beziehen sich auf unterschiedliche Leistungsprozesse, teilweise auch im Verbund mit weiteren Geschäftsfeldern des Konzerns. Wir sehen in dem Geschäftsfeld weiterhin ausreichendes Potential und Reserven, um flexibel auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren zu können.

6.2.3. Geschäftsfeld Mobilität

Die sich ständig wechselnden Markt- und Rahmenbedingungen und der steigende Kostendruck stellen den ÖPNV in der Stadt Halle vor große Herausforderungen. Insbesondere gilt es, auch zukünftig die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber potentiellen Mitbewerbern und dem Individualverkehr zu sichern und unseren Fahrgästen attraktive Verkehrsleistungen anzubieten.

Chancen ergeben sich hierbei insbesondere aus der strategischen Neuausrichtung der HAVAG. Durch die sukzessive Umsetzung und Überwachung der im Rahmen des bereits im Jahr 2013 initiierten Strategieentwicklungsprozesses „Zukunftsdialog HAVAG 2018“ beschlossenen Einzelmaßnahmen soll die Wirtschaftlichkeit nachhaltig gesichert und der Zuschussbedarf auf einem konstanten Niveau stabilisiert werden.

Risiken im Zusammenhang mit dem US-Leasing aus dem Jahre 2002, der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehr und der Reduzierung der Verfügbarkeit von Straßenbahnen und Omnibussen aufgrund von Abnutzung stehen jedoch unter besonderer Beobachtung.

Chancen für eine positive Entwicklung der Hafen Halle GmbH sehen wir insbesondere im Hinblick auf den Ausbau der Geschäftstätigkeiten und die Ablösung von Fremdleistungen in den Kernsparten Dispositive Leistungen, Containerumschlag und Bahnleistungen. Für die Sparte Bahnleistungen können sich durch bahnseitige Verkehre für das geplante Tankmischlager eines Investors sowie für das wieder in Betrieb gegangene Biodieselwerk im Hafen weiterhin deutliche Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

Die Beeinträchtigungen durch den komplexen Um- und Ausbau des Bahnknotens und den Neubau der Zugbildungsanlage Halle (Saale) stellen für uns kurzfristige Risiken in den Jahren 2015 und 2016 dar.

Als mittel- und langfristige Risiken sehen wir eine signifikante Ausweitung von Terminal-Kapazitäten des Kombinierten Verkehrs in der mitteldeutschen Region sowie ein endgültiges Scheitern der Vollendung des Saaleausbaus an.

6.2.4. Geschäftsfeld Services

Die Markt- und Wettbewerbsverhältnisse der Branchen, für welche die jeweiligen Services und Dienstleistungen erbracht werden, weisen einen vergleichbaren Optimierungsdruck aus, denen sich die Unternehmen unseres Geschäftsfeldes stellen müssen.

Für den IT-Bereich des Geschäftsfeldes ist die Ertragsaussicht insbesondere von der Wettbewerbs- und Finanzsituation der Hauptkunden (Kommunen und Unternehmen) abhängig. In der Spezialisierung auf die Übernahme kompletter IT-Dienstleistungen, Rechenzentrumsleistungen sowie in der Vermarktung eigener Produkte und spezieller IT-Dienstleistungen werden gute Chancen zur Fortentwicklung des Geschäftsfeldes gesehen.

Auch für die weiteren Servicegesellschaften des Geschäftsfeldes mit überwiegender Supportfunktion für die Gruppenunternehmen wurden im Rahmen des Exzellenz-Programmes Maßnahmen zur Leistungsverbesserung und Kostenoptimalität eingeleitet, deren Vorteile überwiegend bei den anderen Konzernunternehmen sichtbar werden.

Für die freizeitaffinen Gesellschaften des Geschäftsfeldes bestehen Ertragsrisiken aus sich verändernden Freizeitverhalten, aus Freizeitangeboten Dritter und besonders auch aus ungünstigen Witterungsbedingungen. Zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge sind Betriebskostenzuschüsse für das Freizeitbad Maya mare sowie für die Bädergesellschaft (hier von der Stadt Halle (Saale)) notwendig.

6.3. Gesamtbild

Unter den insgesamt erkannten Risiken lagen insgesamt 11 Einzelrisiken über dem Schwellenwert und wurden als Risiken in das Konzernrisikomanagement aufgenommen, welches insgesamt 12 Einzelrisiken umfasst. Die konzernrelevanten Risiken verteilen sich auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	2	1	1
Absatzmarkt/Vertrieb	2	1	1
Wettbewerb/Konkurrenz	-	-	-
Gesetzgebung/Recht/Steuern	3		3
Kapitalmarkt	1		1
Technologie	-	-	-
Naturereignisse/Umwelt	1		1
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	3		3
Gesamt	12	2	10

Von den 12 konzernrelevanten Risiken sind 2 Einzelrisiken der Gruppe 1 zugeordnet. Hiervon beruht ein Risiko auf Rechtsprechungen des EUGH und BGH, wonach bestimmte Preisänderungsklauseln bei bestimmten Strom- und Gaskunden möglicherweise unzulässig und in Folge dessen anfechtbar sein könnten. Das zweite Gruppe-1-Risiko bezieht sich auf einen weiteren Abschreibungsbedarf der Kraftwerksanlagen Dieselstraße im Falle eines fortgesetzten Margenverfalls in der Stromerzeugung über das bisher angenommene und in den Planungen berücksichtigte Ausmaß hinaus.

Die vorgenannten Risiken werden im Risikomanagement als Brutto Risiken erfasst. In den Planungen und in den Jahresabschlüssen unserer Unternehmen sind die Risiken zu einem großen Teil bereits berücksichtigt. Allen Risiken wurden Maßnahmen zur wiederkehrenden Überwachung und Steuerung zugeordnet. Dieses ermöglicht uns eine möglichst frühzeitige Adaption von Änderungen in den Eintrittswahrscheinlichkeiten oder Schadenshöhen.

7. Prognosebericht

Wir gehen in unseren Planungen von einem Wachstum der deutschen Wirtschaft von 2 % im Jahr 2015 und in den Folgejahren aus und erwarten auch eine vergleichbare Entwicklung in unserem Bundesland und in der Region.

In den Planungen haben wir uns auch für die Zukunft auf wettbewerbsintensive und volatile Marktentwicklungen eingestellt, welche auf alle Geschäftsfelder einwirken und weitere flexible Anpassungen in der Organisation der Leistungsprozesse erfordern werden.

Hierbei wird die Ausrichtung der Gruppe auf den eingeschlagenen Kurs des Programms „Exzellenz plus 20“ weiter fortgeführt und die strategischen Ausrichtungen der Geschäftsfelder unverändert weiter verfolgt. Änderungen in unserer Geschäftspolitik sind vor dem Hintergrund der bisher erreichten Ergebnisse des Exzellenz-Programmes nicht vorgesehen.

Für die Absatzentwicklung im Stadtgebiet Halle (Saale) sind die Anzahl der versorgten Einwohner und die durchschnittliche Haushaltsgröße von Bedeutung. Unsere Planungen unterstellen eine sinkende Einwohnerzahl bei einer konstanten durchschnittlichen Haushaltsgröße.

Wir gehen für das kommende Geschäftsjahr von den nachfolgenden Umsatzerlösen aus:

	2014	Plan 2015
Energie	351,3	339,2
Wasser und Entsorgung	125,9	122,8
Mobilität	44,8	48,3
Services	20,1	18,6
Gesamt	542,1	529,0

Die demographischen Rahmenbedingungen in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom und Gas innerhalb des Netzgebietes von Halle.

Mit dem weiteren Ausbau des überregionalen Großkundensegments wirkt die Energiesparte den Absatzerwartungen im Netzgebiet von Halle (Saale) entgegen. Um dem sinkenden Fernwärmebedarf zu begegnen, setzt die EVH auf eine weitere Verdichtung des Fernwärmenetzes.

Für das Jahr 2015 haben wir die Wasserpreise der HWS um einen Cent auf 1,39 EUR/m³ gesenkt. Daneben wird von einer leichten Abnahme der Wasser- und Abwassermengen in Folge des weiterhin sparsamen Verbrauchsverhaltens und der demographischen Entwicklung ausgegangen. Zudem reduzieren sich infolge der Beendigung des bisherigen Betriebsüberlassungsvertrages mit dem WAZV die Umsatzerlöse der HWS.

Im Geschäftsfeld Mobilität erwarten wir durch die Einführung neuer Produkte und Tarife einen Anstieg der Umsatzerlöse.

Für das Geschäftsjahr 2015 werden Investitionen in Höhe von 96,4 Mio. EUR vorgenommen werden. Dies ist stark geprägt von der Umsetzung von Baumaßnahmen im Rahmen der Fluthilfe (Hochwasser 2013) und des Stadtbahnprogramms. Daher werden diese Investitionen mit einem Anteil von 26,1 Mio. EUR aus Fördermitteln finanziert.

	2015
Energie	34.669
Wasser und Entsorgung	27.561
Mobilität	28.631
Service	2.160
Holding	3.418
Gesamt	96.439

Im Geschäftsfeld Energie werden insbesondere Investitionen in Erzeugungsanlagen (Nahwärme, Wasserkraft, Wärmespeicher) sowie in die Netze erfolgen. Im Jahr 2015 ist darüber hinaus die weitere Beteiligung an Onshore-Windkraftanlagen der Trianel vorgesehen.

Im Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung liegt der Schwerpunkt der Investitionen in der Abwasserentsorgung (Bau und Sanierung von Mischkanälen, Ausbau der Kläranlage)

Die Investitionen des Geschäftsfeldes Mobilität werden durch die Maßnahmen im Rahmen des Stadtbahnprogrammes fortgeführt. Im Jahr 2015 steht der Rückkauf des Betriebshofes Rosengarten an.

Insgesamt erwarten wir ein Konzernjahresergebnis vor Steuern von 5,5 Mio. EUR.

Halle (Saale), den 12. Mai 2015

Die Geschäftsführung

Matthias Lux
(Vorsitzender)

Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause

René Walther

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer genannt“) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf - außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen - der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbs-, Beschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfasst nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlass ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer zunächst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschußfrist

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.